

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Otto Karsten, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 2285. — Postzeitung Nr. 2285, für die Redaktion Nr. 2287, für den Verlag und die Druckerei Nr. 2285. — Postzeitung Nr. 2285, für den Verlag und die Druckerei Nr. 2285. — Verkaufspreis: Vom 1. bis 15. Juni 1,00 Mark, Abholer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile beträgt 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinsanzeigen 30 Pfennig, die dreispaltige 30 Millimeter breite Zeile 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Nachbestellungen keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfach Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 132.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Juni 1925.

36. Jahrgang.

Deutschnationaler Sparerbetrug.

Mit der Wiederaufnahme der Arbeiten des Aufwertungsausschusses des Reichstags tritt der Kampf zwischen den bereicherten Schuldnern und den verarmten Gläubigern in sein entscheidendes Stadium. Die Verabschiedung des Gesetzes über die Regelung der privaten Schuldforderungen soll nach den Absichten der Regierungsmehrheit vor dem 30. Juni erfolgen, weil an diesem Tage die 3. Steuernotverordnung außer Kraft tritt. Begreiflich genug, daß die Vertreter der Gläubigerinteressen noch einmal alle Kräfte einsetzen, um zu retten, was noch zu retten ist.

Der ausschlaggebende Faktor, von dem allein es abhängt, ob die durch den Währungsverfall

vernichteten Ansprüche der Gläubiger

bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen wieder anerkannt werden, ist die Deutschnationale Fraktion. An sie wenden sich daher in erster Linie die um ihre Zukunft besorgten Inflationsopfer und ihre Fürsprecher. Die einen tun es in der Form eindringlichster Mahnungen und Erinnerungen an die gegebenen Wahlversprechungen.

Zu dieser Gruppe zählt Graf Posadowsky, der selbst Mitglied der deutschnationalen Fraktion der Nationalversammlung war. Während die deutschnationale Presse vor einigen Tagen den 80. Geburtstag des Grafen in hochklingenden Worten feierte, schrieb er selbst unter der Überschrift „In letzter Stunde“ für die in erster Linie der deutschnationalen Presse zur Verfügung stehende „Deutsche Presse-Korrespondenz“ einen Aufsatz, der jedoch in keinem deutschnationalen Blatt zu lesen war. Graf Posadowsky beklagt in diesem Artikel,

daß Treu und Glauben nicht mehr gelten.

Besonders nachdrücklich sei die Deutschnationale Volkspartei für eine gerechte Aufwertung eingetreten. In ihrem Wahlauftrag habe sie erklärt, der Staat müsse wieder ehrlich werden allen seinen Bürgern gegenüber. Im Juni 1924 habe der Vertreter der Deutschnationalen Partei im Reichstag es für die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit jeder Partei erklärt, die Wege für eine gerechte Behandlung der Gläubiger zu zeigen. Das Enteignungsrecht der dritten Steuernotverordnung müsse, so habe der Vertreter der Partei weiter erklärt, wiedergutmacht werden. Die Partei habe sich auf den Westlichen Entwurf berufen. Als bald nach ihrem Eintritt in die Regierung hätten sich die Deutschnationalen aber auf eine sogenannte „mittlere Linie“ zurückgezogen, die keine sei. Herr West sei darum aus der Fraktion ausgeschieden. Das Kompromiß werde eine Enttäuschung hervorrufen, die auch auf politischem Gebiet die ernstesten Folgen haben werde. Es müsse verbitternd auf die Gläubiger wirken, wenn man ihnen

den größten Teil ihres Vermögens enteigne,

während die Schuldner im Besitz ihrer Sachgüter verbleiben, die vielfach einen wesentlich höhern Wert wie vor dem Kriege darstellen. Mit dem Kompromiß werde der gordische Knoten allerdings durchgehauen, aber zum schwersten Schaden der Gläubiger und zur unberechtigten Verärgerung der Schuldner. Die Hoffnung, daß dieses Kompromiß zur Veröhnung der Gegensätze beitrage, werde sich nicht erfüllen.

Graf Posadowsky ist von Bitterkeit erfüllt über die Mißachtung von Treu und Glauben in der politischen Praxis seiner Parteifreunde. Er scheint jedoch noch ein letztes Stückchen von Hoffnung zu hegen und formuliert daher sein Urteil noch nicht endgültig. Weite Kreise der bisherigen deutschnationalen Anhängererschaft haben dagegen längst alle Hoffnungen aufgegeben und der Partei ihr Urteil gesprochen. So sandte der Reichsverband der Besitzer deutscher Anleihen E. B. der deutschnationalen Reichstagsfraktion folgende Erklärung:

Die Deutschnationale Volkspartei hat im Wahlkampf Versprechungen gemacht in der Aufwertungsfrage, von denen wir annehmen mußten, daß sie auf Grund sorgfältigen Studiums gemacht worden sind. Nach den eignen Erklärungen der Deutschnationalen Volkspartei sind diese Versprechungen leichtfertig gegeben worden. Wir erklären hiermit, daß unsere Mitglieder niemals die Deutschnationale Volkspartei gewählt hätten, wenn uns dieses bekannt gewesen wäre. Eine Partei, die leichtfertig Versprechungen macht, die ihren eignen Angaben nach nicht innezuhalten sind, kommt für unsere Mitglieder nicht mehr in Frage. Nationale Interessen werden auch durch andre Parteien vertreten. Wir müssen daher die Wahl vom 7. Dezember 1924 für ungültig erklären.

Ähnliche Kundgebungen sind in den letzten Wochen der deutschnationalen Fraktion aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl zugegangen. Wird damit

den Deutschnationalen ihr Wahlbetrug beurlundet,

so muß noch auf ein Moment aufmerksam gemacht werden, das bisher nicht gebührend beachtet worden ist.

Vor einigen Wochen schon waren in einem Berliner Blatte Andeutungen nach der Richtung zu lesen, daß im Reichstag und Reichswirtschaftsrat Persönlichkeiten an der Beschlußfassung über die Aufwertung mitgewirkt hätten, die selbst als bereicherte Schuldner an einer niedrigen Aufwertung interessiert seien. Merkwürdigerweise blieben in diesen Andeutungen die Mitglieder des Reichstags verschont. Es scheint aber auch hier zu stinken. In einer Erklärung des aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. West, die in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit kam, findet sich der aufsehenerregende Satz, daß die Kompromißverhandlungen mit dem Reichskanzler von solchen Abgeordneten geführt wurden, die an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ein erhebliches Interesse hätten, daß dagegen die anerkannten

Aufwertungsfreunde unberücksichtigt blieben.

Und in einem dieser Tage im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufsatz eines gleichfalls aus der Deutschnationalen Partei ausgeschiedenen Wortführers der Gläubiger und Sparer ist zu lesen, daß die meisten Fraktionsmitglieder der deutschnationalen Fraktion ihre persönlichen Interessen in der Aufwertungsfrage nicht zurückstellen.

ob und in welchem Grade sie selbst oder ihre Frauen oder Verwandte, die sie zu beerben hoffen, Vorteil von einer dem Rechte und der Moral widerprechenden Regelung der Aufwertungsfragen haben würden. —

„Wahlversprechungen sind bedeutungslos“.

Die Deutschnationalen haben den betrogenen Kleinen Sparern im Wahlkampf das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Mit dem festen Voratz, diese Versprechen zu brechen. Klipp und klar wird das durch eine Erklärung bewiesen, die der angewidert aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedene Aufwertungsfreund Dr. West veröffentlicht.

Dr. West teilt mit, daß die Deutschnationalen ihm vor der letzten Reichstagswahl in Kenntnis des Umstandes, daß er einen eignen, von Hunderttausenden gebilligten Aufwertungsentwurf ausgearbeitet hatte, eine sichere Stelle auf ihrer Reichsliste angeboten hätten, und fährt dann fort:

Ich habe dies Anerbieten angenommen, weil die Fraktion dem Sparerkunde auf dessen Anfrage unter dem 4. Dezember 1924 erklärt hatte, daß sie unter voller Berücksichtigung meines Entwurfs bemüht sein werde, die durch die dritte Steuernotverordnung beseitigten Rechte wieder herzustellen und soweit wirksam zu machen, als die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatteten. Ich mußte an die Zuberlässigkeit dieser Zusagen um so mehr glauben, als der frühere Führer der Deutschnationalen, Herr West, sich in einem Artikel im „Tag“ ausdrücklich gegen eine schematische Regelung und für die individuelle Aufwertung ausgesprochen hatte. Auch war mir bekannt, daß die Deutschnationale Partei

in Wahlreden und Wahlflugblättern versprochen

hatte, für die Durchführung meines Entwurfs einzutreten, und für die Zuberlässigkeit ihres Versprechens darauf Bezug genommen hatte, daß ich auf ihrer Reichsliste an sicherer Stelle eingestellt sei.

Bei meinem Eintritt in die Fraktion wurde mir dann auch von den verschiedenen Seiten bestätigt, daß wohl auf keinen Namen bei den Wahlen so häufig wie auf den meinen Bezug genommen worden sei. Gleichwohl wurde das Verlangen, meinen Entwurf alsbald einbringen zu dürfen, anfangs höflich und dann immer ungeduldiger mit der Begründung zurückgekehrt, daß die Regierungsbildung vorerst für beratende Dinge keine Zeit lasse. Die Unterstützung Dr. Luthers als Reichskanzler mußte mich um so mehr befremden, als die Partei während der Wahl den Rücktritt des Finanzministers Dr. Luthers als des Vaters der dritten Steuernotverordnung unbedingt verlangt hatte. Auch befremdete es mich in hohem Maße, daß von den leitenden Männern der Fraktion ausgesprochen wurde,

daß Wahlversprechungen bedeutungslos seien

und jedenfalls hinter höhern Staatsrücksichten zurückzutreten hätten.

Als ich auf Einreichung meines Entwurfs immer mehr drängte, wurde ich schließlich abschlägig beschieden, und die Herren, die meinen Entwurf unterstützt hatten, zogen auf Verlangen der Fraktion ihre Unterschrift zurück. Erst als ich ausdrücklich erklärte, daß ich sofort mit Unterstützung der deutschnationalen Partei meinen Entwurf einbringen werde, wurde dessen Einbringung mit Unterstützung von Fraktionsmitgliedern gestattet. Im höchsten Maße mißlich war es auch für mich, daß bei zwei Gelegenheiten, in denen ich als Führer der Aufwertungsbeziehung das bringende Verlangen haben mußte, im Plenum des Reichstags meine Anschauungen zur Geltung zu bringen,

mir das Neben seitens der Fraktion unterlag

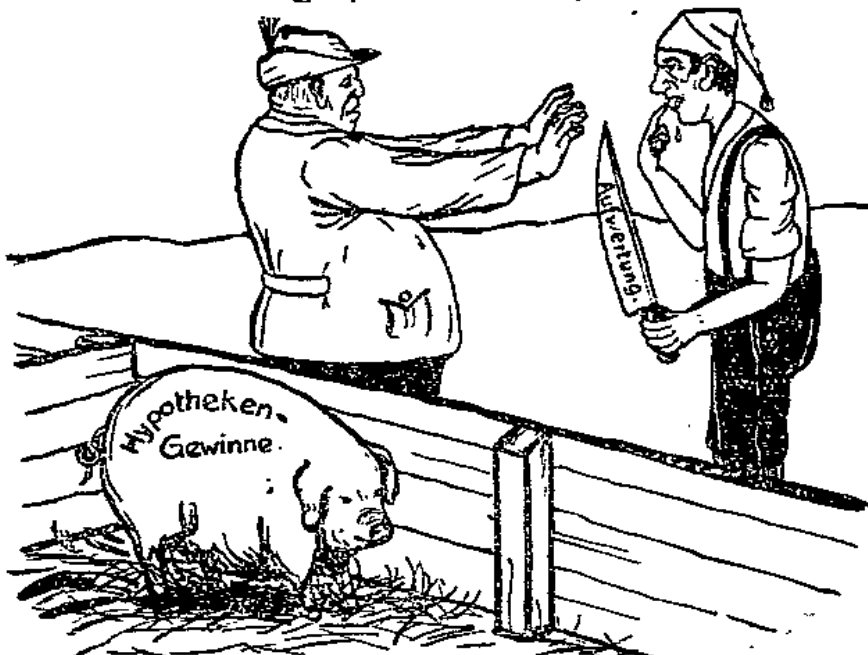
wurde und ich nur gegen die ausdrückliche Anordnung der Fraktion zum Neben kam.

Obwohl mein Entwurf dem Ausschuss überwiesen worden war, wurde dessen Beratung im Ausschuss auf Verlangen der Fraktion zurückgestellt, weil die Regierungsentwürfe binnen kurzer Zeit einlangen würden.

Als dann die durchaus ungenügenden Regierungsentwürfe dem Reichstag endlich vorgelegt wurden, setzte ein Verhandeln der Regierungsparteien mit der Regierung ein. Dabei blieben die anerkannten Aufwertungsfreunde unberücksichtigt, und die Verhandlungen mit dem Reichskanzler wurden mit von solchen Abgeordneten geführt, die an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ein erhebliches Interesse hatten.

Nach diesen Feststellungen des von den Aufwertungsfeinden gemabregelten und nun scharf angefeindeten Doktor West wird sich mancher der auf den deutschnationalen Leim gefrorenen Sparer verzweifelt sagen: solcher politischen Unehrlichkeit hast du selbst mit zur Macht verholken, indem du deutschnationaler gewählt hast. Und er wird sich vornehmen, nie wieder sein eignen Senker zu werden. Die Deutschnationalen aber freuen sich, daß die Landjunker ihren Raub nicht wieder herausrüden brauchen. Und bei der nächsten Wahl werden sie schon wieder auf neue Ränke und Risse kommen, die ihnen neue Betrügereien ermöglichen werden. So denken sie und lassen die Betrogenen von heute jammern und anklagen. —

Der geprellte Sparer.



Krautjunker: „Zurück, Michel, zurück! Nerne leiden ohne zu klagen, und laß Dich nicht noch einmal von dem Aufwertungsbiest, dem Aufwertungs-Best, aufheken.“

Im Interesse der politischen Keilichkeit muß gefordert werden, daß die Wissenden Aufklärung schaffen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, ob die in Abgeordnetenkreisen verbreiteten Gerüchte auf Wahrheit beruhen, daß ein deutschnationaler Abgeordneter nach Kenntnisnahme von dem Westlichen Entwurf äußerte: Wenn das angenommen wird, muß meine Frau 500000 Mark zahlen; daß ein zweiter deutschnationaler Abgeordneter als großer Gutsbesitzer in Rücksicht auf die Ansprüche enger Familienangehöriger auf eine niedrige Aufwertung hinarbeitete; daß ein dritter deutschnationaler Abgeordneter als Vertreter einer zahlungsfähigen mit Papiermarkschulden belasteten Gesellschaft schon den Aufwertungsatz von 25 Prozent als kaum tragbar bezeichnet habe.

Wir zweifeln nicht, daß die deutschnationale Presse, die sich in ihrem Kampfe gegen die Barmats als die geschworenste Feindin jeder Korruption erwiesen hat, nur auf diese Dinge aufmerksam gemacht zu werden braucht, um sofort mit uns den härtesten Kampf gegen diese

wirklichen Korruptionserrscheinungen

aufzunehmen. Die Sauberkeit des politischen Lebens erfordert, daß vor der endgültigen Entscheidung in der Aufwertungsfrage Klarheit darüber geschaffen wird, inwieweit die zur Entscheidung Berufenen durch persönliches Interesse beeinflusst werden. Vielleicht empfiehlt es sich, zunächst einmal die Mitglieder des Aufwertungsausschusses vor einem Untersuchungsausschuss unter ihrem Eide darüber zu hören,

Methoden der Entwaffnungskontrolle.

Der Versailler Friedensvertrag hat für die Erledigung von Streitigkeiten über die deutsche Entwaffnung keinerlei unparteiische Instanz vorgeesehen. Nach dem Wortlaut des Friedensvertrags sind vielmehr die alliierten und assoziierten Hauptmächte für die Kontrolle der deutschen Entwaffnung zuständig, bis der Völkerbundrat die ihm obliegenden Kontrollverpflichtungen übernommen hat. Das ist ein Verstoß gegen die elementaren Grundzüge der Gerechtigkeit. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte sind unsere Gegner von gestern, und der Völkerbundrat ist ohne Deutschland und mit den Stimmen der alliierten Hauptmächte sowie Belgiens und der Tschechoslowakei sicherlich nicht das, was man eine unparteiische Instanz nennen kann.

Die Hauptmächte haben die Überwachung der deutschen Entwaffnung dergestalt ausgeübt, daß sie nicht lediglich vermittelst diplomatischer Verhandlungen die Beseitigung angeblicher Übertretungen von Deutschland zu erreichen suchten, sondern sie haben grundsätzlich den Weg des offenen oder verschleierte Diktats beschritten. Fünf Monate bevor die deutsche Entwaffnungsnote überreicht wurde, hat man als Sanktion für die behauptete Nichterfüllung der Entwaffnungsvorschriften die Nichträumung der Kölner Zone angeordnet und will die britischen Truppen weiter in Köln belassen, bis bestimmte Forderungen betr. die deutsche Entwaffnung erfüllt sind.

Dem Beispiel der alliierten Hauptmächte folgt der Völkerbundrat. Seit längerer Zeit besaßt er sich mit der Anordnung von Vorschriften über die deutsche Entwaffnung, ohne daß die deutsche Regierung gehört wird. Auch auf der in der zweiten Juniwoche stattfindenden Völkerbundsratsitzung wird das Problem der Kontrolle der deutschen Entwaffnung, insbesondere auch der entmilitarisierten Rheinlande, auf der Tagesordnung stehen. Wird man in Genf erkennen, daß diese einseitige Regelung wichtiger deutscher Fragen große Gefahren in sich birgt? Gewiß sieht die Völkerbundsjagung die Zuziehung von Nichtmitgliedern des Bundes, selbst wenn deren Rechte zur Diskussion stehen, nicht ausdrücklich vor. Aber sollten es nicht die allgemeinen Grundzüge der Gerechtigkeit und Billigkeit erfordern, über die Interessen von Nichtmitgliedern nur mit deren Zuziehung zu beschließen?

Die Alliierten und der Völkerbund vergessen allzulebte, daß solche Methoden die guten Beziehungen der Völker aufs schwerste schädigen. Zwischen gleichberechtigten Völkern sind Diktate im allgemeinen nicht mehr üblich. Wenn man einen Blick auf Entwaffnungsverträge der Vergangenheit wirft, so findet man, daß schon in früheren Zeiten Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung von Entwaffnungsvorschriften vorgekommen sind, daß aber der durch angebliche Nichtentwaffnung bedrohte Gegner wesentlich andre Methoden anwandte, um seinen Standpunkt durchzusetzen.

Man erinnert sich, daß im Jahre 1817 ein noch heute in Kraft befindlicher Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien über die Entwaffnung auf den kanadischen Seen zustande kam, der sogenannte Rush-Bagot-Vertrag. Die Seestreitkräfte der Kontrahenten sollten danach auf je vier Schiffe von nicht mehr als 100 Tonnen beschränkt sein. Alle andern Kriegsschiffe sollten entwaffnet und keine neuen gebaut oder in Dienst gestellt werden.

1838 kam es zwischen England und Amerika zu der ersten Meinungsverschiedenheit, als die britischen Behörden infolge des Aufstandes der sogenannten kanadischen Patrioten eine ganze Anzahl Schiffe bewaffneten. Damals fragte der amerikanische Staatssekretär Forsyth, inwiefern dies mit dem Abrüstungsvertrag vereinbar sei. Der britische Gesandte Fox erwiderte, diese größeren Seerüstungen seien lediglich durch den Ansurgenanstand veranlaßt und würden nach dessen Niederwerfung wieder verschwinden; ein Verstoß gegen den Vertrag liege nach englischer Auffassung nicht vor. Es kam lediglich zu einem längeren, in ruhiger Sprache gehaltenen Notenwechsel in dieser Angelegenheit. Als die Vereinigten Staaten von Amerika nach Niederwerfung des Aufstandes erneut die Abrüstung der Kriegsschiffe verlangten, erwiderte Großbritannien, man müsse für den Fall eines evtl. neuen Aufstandes Vorsorge treffen. Darauf sahen die Amerikaner von einem weiteren Protest ab und warteten, bis bald darauf Großbritannien von sich aus den früheren Zustand wiederherstellte.

Sechs Jahre später beiderseits sich umgekehrt Großbritannien über die Indienststellung eines amerikanischen Kriegsschiffes, dessen Tonnenzahl erheblich größer war, als der Vertrag gestattete. Die Amerikaner erwiderten, der Vertrag sei gewissermaßen durch die Entwicklung der Dampfschiffe modifiziert; man würde damals nicht jene niedrige Tonnenzahl vereinbart haben, hätte man geahnt, daß eines Tages Dampfschiffe zu kriegerischen Zwecken verwendet werden könnten. Obwohl sich diese Behauptungen noch jahrelang hinzogen, wurden sie nicht Gegenstand eines förmlichen Protestes.

Später entstandenen Meinungsverschiedenheiten infolge der Ansprüche der amerikanischen Verfechter an den kanadischen Seen. Da nämlich inzwischen eine Verbindung dieser Seen mit dem Ozean hergestellt war, wollten jene Verfechter zum Kriegsschiffbau übergehen, was ihnen aber durch den Wortlaut des Rush-Bagot-Vertrags unterlag. Amerika verjagte, sich zunächst mit Kanada über diese Frage zu verständigen. Als dies mißlang, erlaubte die amerikanische Regierung von sich aus jenen Verfechtern den Bau von Kriegsschiffen. Die kanadische Regierung mußte 1909 im Unterhause zugeben, daß das amerikanische Verhalten mit dem Vertrag nicht ganz vereinbar sei, verzichtete aber auf eine besondere Note. Von einer Kündigung des Vertrags sah man gleichfalls ab, da man seine Vorteile sehr hoch einschätzte.

Das wäre wohl geschehen, wenn Amerika und Großbritannien bei ihren Meinungsverschiedenheiten über den

Rush-Bagot-Vertrag jenen Weg beschritten hätten, den die Alliierten und der Völkerbund gegenüber Deutschland vorziehen? Sicherlich hätte dies das Ende des Vertrags bedeutet, und es wäre zu schweren Differenzen zwischen den Brüdernationen gekommen.

Die Erinnerung an die Geschichte des Rush-Bagot-Vertrags sollte den Alliierten sowie dem Völkerbund vor Augen führen, daß die Methode der Verhandlungen und der Anhörung des Gegners, auch in Entwaffnungsfragen, jeder andern vorzuziehen ist. Das muß namentlich dann gelten, wenn die einseitige Entwaffnung Deutschlands — genau so wie die bisher vergeblich erwartete Abrüstung der Alliierten — nur den ersten Schritt zu einer Befriedung der Welt darstellen soll. Ein klein wenig psychologisches Verständnis und auch ein wenig Ritterlichkeit sollten die Alliierten und den Völkerbund veranlassen, endgültig den Weg einseitiger diktatorischer Festsetzungen zu verlassen.

Dr. Hans Wehberg (Berlin).

Zur Fahnenweihe in Schivelbein (Pomm.) am 7. Juni.



Ein allerdurchlauchtigster, in Gnaden gestifteter Nagel zur Vernagelung alleruntertänigster, kaisertreuer und ehemaliger Königsgrenadierköpfe.

Alleruntertänigst vernagelt.

Am 7. Juni haben die unentwegt kaisertreuen ehemaligen Königsgrenadiere von Schivelbein in Pommern eine Fahnenweihe abgehalten. Vom alleruntertänigst vernagelten Zustand dieser Ehemaligen legen folgende beiden Briefe Zeugnis ab:

Sr. Majestät
Kaiser Wilhelm II.
Kaiserliche und Königliche Hoheit,
Haus Doorn (Holland).

Sw. Majestät
erlaubt sich untertänigster Verein ehemaliger Königsgrenadiere (König Friedrich Wilhelm IV. Pommersches Nr. 2) von seiner am 7. Juni 1925 stattfindenden Fahnenweihe ganz gehorsamst Meldung zu machen.

In alter pommerscher Treue werden wir an diesem Ehrentage Sw. Majestät gedenken.

Der Vorstand des Vereins ehemaliger Königsgrenadiere.
F. A. gez. F. Cas. gez. G. Lembke.

Mit ZSM in Doorn darf natürlich so eine gewöhnliche Gesellschafter Ehemaliger nicht direkten Verkehr pflegen, auch nicht untertänigst brieflich. Dazu bedarf es mindestens eines ehemaligen Generals, und so hat denn ein solcher dem gekrönten Ausreißer folgende Meldung erstattet:

Berlin-Südsterße West, Dürerstr. 28 B,
den 23. Mai 1925.

Allerdurchlauchtigster Kaiser, König und Herr!

Sw. Majestät erlaube ich mir, alleruntertänigst anliegende Meldung eines Vereins Sw. Majestät Pommerscher Grenadiere zu übersenden. Ich wage wiederum die Bitte auszusprechen, Sw. Majestät mögen in Gnade auch diesem Verein einen Fahnen Nagel bewilligen. Dem Feste der Fahnenweihe wird Generalfeldmarschall v. Radenjen, wie mir mitgeteilt worden ist, beiwohnen.

In unerschütterlicher Treue Sw. Majestät untertänigster gez. v. Eichenhart Nothe,
General a. D. Ehem. Kommandeur Sw. Majestät Pom. Grenadierregiments.

Er und sein deutschnationaler Anhang werden jammeln über solche Vernagelung. Wer solches Brett vor dem Kopf hat, der erwacht auch nicht, wenn in der nächsten Zeit die Steuerkränze der Reichsregierung und der Suizidkollaterale ihm nur noch ein Vegetieren in seinem Vaterland ermöglicht, während die Junter vor Fett und Uebermut bald platzen.

Abbau der Wöchnerinnenfürsorge.

Den Hindenburgwählern steht eine neue Überraschung bevor. Diesmal werden die Säuglinge und Wöchnerinnen „gerettet“; natürlich nur die der ärmern Bevölkerung. Dem Reichsrat liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, der das Wöchnerinnengeld herabsetzen und das Stillgeld überhaupt abschaffen will.

Damit wird der im Laufe vieler Jahre mühsam aufgebauten Fürsorge für Wöchnerinnen und Säuglinge zu einem guten Teile die Grundlage entzogen. Ohne Unterschied häuten sich denn auch alle Vereinigungen, die in sozialer Fürsorge tätig sind, gegen die Pläne auf. Eine Protestversammlung fand am Sonntag in Berlin statt, an welcher teilnahmen: der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, die Deutsche Vereinigung für Säuglings- und Kleinkindererziehung, das Deutsche Rote Kreuz, der Medizinische Kommunalbeamten-Verein, die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Metzgerei-Verein-Bund. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es heißt:

Der gegenwärtig dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Wochenhilfe stellt eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem geltenden Rechte dar. Insbesondere ist die Beseitigung des Stillgeldes in seiner bisherigen bewährten Form geradezu verhängnisvoll. Von jeher war die Stillhilfe eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Durch ihre Beseitigung wird der Erfolg der Säuglingsfürsorge gefährdet und ganz unmittelbar einem Anstieg der Säuglingssterblichkeit Vorschub geleistet. Die überaus ernste bevölkerungspolitische Lage Deutschlands läßt ein solches Experiment mit Menschenleben nicht zu. Die Unterzeichneten richten an Reichsrat und Reichstag die dringende Bitte, die Vorlage in der vorliegenden Form abzulehnen und das bisher geltende Recht, das den notwendigsten national-biologischen Gesichtspunkten Rechnung trug, bestehen zu lassen.

Wie man aus der Versammlung hörte, hat der Gesetzentwurf keinem einzigen Arzte weder außerhalb noch innerhalb des Arbeitsministeriums zur Begutachtung vorgelegen. Das Reichsgesundheitsamt und das Reichsministerium des Innern hzm. deren ärztliche Referenten sind nicht gefragt worden.

Der Mut dieser Reichsregierung ist staunenswert! Auf der einen Seite bringt sie Zollgesetze ein, die alle Lebensmittelpreise in die Höhe treiben, und gleichzeitig will sie erwerbstätigen Wöchnerinnen die Unterstützung entziehen, die sie bisher erhielten.

Zwei Tote.

Die Schießerei in Teltow hat ein zweites Todesopfer gefordert; einer der verwundeten Kommunisten ist im Krankenhaus verstorben.

Die bürgerliche Berliner „Volkszeitung“ schreibt zu dem Zusammenstoß:

Die Polizeiverwaltung von Teltow hatte der Schützengilde den am östlichen Ende der Stadt liegenden Schützenplatz zugewiesen, während die Roten-Frontkämpfer sich am entgegengesetzten Ende der Stadt auf einen Sportplatz sammeln wollten. Es war also Vorsorge getroffen worden, Zusammenstöße nach Möglichkeit zu vermeiden. Leider hat die Schützengilde den Sinn dieser Anordnungen nicht begriffen, denn die Schützen hielten es für nötig, an dem Sportplatz durch eine unbebaute Straße vorbeizuziehen, wobei ein Arzt, der auf seinem Rade neben dem Zuge herfuhr, von einem anscheinend Betrunknenen attackiert wurde. Als die Landjäger eingriffen, floh der Täter zu den Kommunisten, wobei er von den Gendarmen verfolgt wurde. Die Kommunisten hatten ihrerseits durch eine Absperrungskette vom Sportplatz unerwünschten Besuch fernhalten wollen und ließen die verfolgten Gendarmen durch ihre Kette nicht durch. Es entwickelte sich dabei eine Prügelei, die zu der Schießerei seitens der Gendarmen führte.

Vermerkt wurde die Erregung seitens der Kommunisten dadurch, daß, wie behauptet wird, die Schützen beim Vorbeigehen am dem Sportplatz die Gewehre im Scherz anlegten. Sollte diese Behauptung richtig sein, so läge in dem Verhalten der Schützengilde tatsächlich eine ungeheure Provokation und die volle Verantwortung für alles, was darauf folgte, würde sie treffen.

Leider ist die anwesende Schutzpolizei hzm. Gendarmerie der Situation anscheinend nicht gewachsen gewesen. Es wird ausdrücklich vermerkt, daß die Roten Frontkämpfer unbeschadet waren, was auch glaubhaft ist, da die Opfer der Schießerei lediglich auf Seiten der Kommunisten zu finden sind. Vier Landjäger wurden lediglich durch Steinwürfe und Hiebwunden verletzt. Es kann unferns Erachtens des Gebrauchs der Schusswaffe nicht bedürftig sein, um die Ordnung wiederherzustellen. In keinem Falle war ein schalenmäßiges Schießen angebracht. Bezeichnend für die Sinnlosigkeit, mit der in die Menge hineingefeuert wurde, ist die Tatsache, daß der Getötete ein Samariter ist, der die tödliche Kugel in dem Augenblick erhielt, als er einem schwerverwundeten Kameraden Hilfe angedeihen ließ.

Monarchistische Propaganda.

Es gibt Leute, die sich wer weiß wie „radikal“ halten, wenn sie „feststellen“, daß eine unmittelbare Gefahr für die republikanische Staatsform nicht vorliege und deshalb die Reichsbannerbewegung für überflüssig halten. Wir halten ihnen folgende Meldung vor Augen:

In Dresden veranstaltete am Sonnabend und Sonntag der Verein ehemaliger sächsischer Artilleristen einen sogenannten „Erinnerungstag“, der sich zu einer ausgesprochen monarchistischen Kundgebung gestaltete. Als Vertreter des ehemaligen Königs beteiligte sich Prinz Ernst Heinrich an der Feier, bei dessen Erscheinen sich sämtliche Teilnehmer erhoben. Generaloberst von Kirchbach begrüßte den Prinzen als den Vertreter des Königs und brachte ein Hurra auf „den Kriegsherrn“ aus. Der Prinz überreichte im Auftrag des ehemaligen Königs ein Fahnenband. Beim Einzug in die Kaserne wurde vor dem Prinzen ein Paradezug veranstaltet. An dem Begrüßungskommers, bei dem ein Hurra auf den Obersten Kriegsherrn ausgebracht wurde, nahmen auch zwei Obersten der Reichswehr teil.

In München hielten schwarzweißrote Verbände am Sonntag eine „Kolonialtagung“ ab. Bei der Feier auf dem Ufer der Marinerlagge geschmückten Königsplatz nahm General v. Epp die Bannerweihe vor. Am dem Festzug durch die Stadt beteiligten sich außer den Kolonialverbänden auch die verschiedenen Vereine, die Regimentvereinigungen und eine Abteilung Reichswehr. Der frühere Kronprinz Rupprecht nahm gemeinsam mit dem Wehrkreiskommandanten, General v. Preß, und dem Herzog Friedrich von Mecklenburg an der Parade ab.

Das sind zwei von hundert unzähligen ähnlichen monarchistischen Propagandaveranstaltungen, die an einem Sonntag stattfanden!

Englisch-französische Einigung.

Aus Genf wird gemeldet, daß Briand und Chamberlain zu einer Einigung über die Antwort gekommen sind, die Deutschland auf sein Garantieangebot erhalten soll. Schon in den nächsten Tagen soll, wie Briand Journalisten erklärte, die Antwort der deutschen Regierung zugestellt werden.

Die Frage, ob dem Völkerverbund in diesem Friedenswerk eine besondere Rolle zugewiesen sei, bejahte Briand, wobei er an die wiederholte Erklärung Deutschlands über seine Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerverbund erinnerte. Er rechne damit, daß mit der neuen Note die deutsche Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerverbund weiter gestärkt werde. Auch Italien, Polen und die Tschechoslowakei seien an der Antwort stark interessiert, da es sich dabei um ein allgemeines Friedenswerk handle, das im Grunde genommen eine Ergänzung eines Teiles des Friedensvertrags darstelle. Die Grundlage der Verständigung sei durch den Friedensvertrag gegeben; aber man müsse die gegebenen Verhältnisse so betrachten, daß sie die Aussicht und die Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Friedenswerkes geben. Deutschland habe zweifellos ein Interesse daran, daß dieses Friedenswerk zustande komme.

Aus offiziellen Verlautbarungen der französischen und englischen Regierung geht hervor, daß England zwar grundsätzlich nicht nachgegeben hat, praktisch jedoch dem französischen Standpunkt recht bedenkliche Zugeständnisse gemacht hat: die wechselseitige Garantie soll sich zwar nur auf die deutsche Westgrenze erstrecken, aber Frankreich behält freie Hand für Sondervereinbarungen mit Polen und der Tschechoslowakei hinsichtlich einer Garantierung der deutschen Ostgrenze.

Ein begründetes Urteil über die Bedeutung der gegen von Stresemann eingeleiteten Aktion und ihre Wirkungen wird erst möglich sein, wenn das deutsche Memorandum und die Antwort darauf veröffentlicht sind.

Die Barmatuntersuchung.

Der Barmatausschuß des Reichstags vernahm am Montag als weiteren Zeugen in der „Dema“-Angelegenheit den Direktor der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, H. Mann. Er bezeugt, daß die Großverkaufsgesellschaft keine und die einzelnen Konsumvereine wohl recht wenig Geschäfts mit der „Amegima“ gemacht hätten. Die Großverkaufsgesellschaft war an der „Dema“ mit nominell 1 Million Mark beteiligt. Der Zeuge wurde als Vertreter der Großverkaufsgesellschaft in den Aufsichtsrat gewählt. Die Beteiligung war vor allen Dingen deshalb erfolgt, weil die Großverkaufsgesellschaft davon eine bessere Versorgung ihrer Mitglieder mit Margarine erhoffte. Von der Mitwirkung der „Amegima“ erfuhr der Zeuge erst im Dezember 1922, als dem Aufsichtsrat mitgeteilt wurde, daß die wegen ihrer Zinsfäße ungünstigen Verträge mit der „Amegima“ gelöst seien.

Zeuge Bauer befindet sich noch in der Verbindung der „Dema“ mit Barmat schon im Juli 1923 gelöst wurde. Es wird dann Ministerialrat Meier vernommen, der in der fraglichen Zeit beim Reichsfinanzministerium tätig war und lehrte der Schreiber, Barmat, angehört. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß seines Wissens kein Druck dahingehend ausgeübt wurde, Barmat oder die „Amegima“ an der „Dema“ zu beteiligen, und daß Barmat im Komplex der „Dema“ auch nicht wider Recht und Sitte geschäftlich bevorzugt wurde.

Bankdirektor Geheimrat Heimann, der seinerzeit Vorsitzender des Aufsichtsrats der Reichskreditgesellschaft und in dieser Eigenschaft auch im Aufsichtsrat der „Dema“ war, erklärt, daß der Vertrag der „Dema“ mit der „Amegima“ wirtschaftlich und finanziell nicht beanstandet werden konnte, sondern sogar als erwünscht bezeichnet wurde. In Übereinstimmung mit Bauer erklärt auch dieser Zeuge, daß die Geschäftsbeziehung mit Barmat bereits im Juli 1923 gelöst wurde, da Barmats Zinsfäße auf die Dauer zu teuer wurden.

Zeuge Schlosser Da n, der Mitte Oktober 1922 bei den Installationsarbeiten im Hafelhörter Werke beauftragt und Betriebsratsmitglied war, berichtet über Differenzen des Betriebsrats mit dem Direktor Lewin, der sich mancherlei persönliche Vorteile verschafft haben soll.

Nach der Mittagspause wird Ministerialdirektor Kauz vernommen, der in der fraglichen Zeit im Reichsfinanzministerium tätig war. Der Zeuge erinnert sich nicht mehr an die Einzelheiten des komplizierten Vertrags zwischen der „Amegima“ und der „Dema“ und weiß namentlich nicht mehr, wie hoch die Zinsfäße für Barmat waren. Der Aktienbesitz Barmats wurde bei Kapitalserhöhung erworben, ohne daß Barmat jemals einen Anspruch auf Einmischung in die Verwaltung erhoben hätte. Zu den von dem Zeugen dann gemachten Aussagen über Unregelmäßigkeiten in Hafelhörst erklärt der Zeuge, daß der Direktor Fischer aus diesem Grunde freigeschaltet wurde und daß Direktor Lewin für seine Inkompetenzen eine Entschädigung geleistet hat und dann freiwillig auswich. Irgend welche andern Gründe als rein wirtschaftliche sind bei der Fusion mit der „Brema“ nicht in Frage gekommen. Eine PreSSION in der „Dema“-Angelegenheit sei niemals, insbesondere nicht vom Minister Bauer zugunsten Barmats ausgeht worden.

Damit ist der Fragenkomplex „Dema“ vorbehaltlich weiterer Beweisangebote der Berichterstatter nach Durchsicht der Akten geschlossen. Um den 20. Juni herum wird der Ausschuß an die Klärung der Frage der Postkredite herangehen.

Die energischen Beamtenfrauen.

Im Barmatausschuß des Preussischen Landtags verlas der Vorsitzende am Montag ein Protestschreiben von Ehefrauen abgeleiteter Beamten der Staatsbank, worin dagegen Protest erhoben wird, daß Direktor Schröder bei seinen Vernehmungen auszufragen machte, die den Eindruck erwecken müßten, als seien die mittleren Beamten der Staatsbank durchweg korrupt. Das habe den Beamten bei ihren Bemühungen um eine neue Stellung außerordentlich geschadet. Darauf erwidert Präsident Schröder, daß nur drei Beamte pflichtwidrig gehandelt hätten und disziplinarisch bestraft worden seien. Auf die Gesamtheit falle kein Vorwurf.

Oberfinanzrat Habenard soll über die Kreditoperationen der Kutischer ausfragen, kann aber nichts Bestimmtes darüber beibringen. Er kann sich nur darauf erinnern, daß Kutischer das Gannauer Lager als Deckung für die gewährten Kredite angeboten habe.

Bankrat Müller sagt aus, daß Passendirektor Ger mann das verbindende Glied zwischen Kasse und Generaldirektion, wiederholt und zwar nicht nur in den Fällen Kutischer und Barmat, nur mit seiner Unterschrift allein die Zahlung angeordnet habe, wogegen der Zeuge ihn für befugt erachtete und deshalb keine zweite Unterschrift verlangte.

Der Ausschuß lagte in nächster Sitzung weiter.

Radiodienst der Volkstimme.

Die Unruhen in China.

In London, 9. Juni. Der Streit in China geht weiter und hat durch die Solidaritätserklärung der Seeleute an Umfang zugenommen. Die chinesischen Matrosen von sechs englischen Dampfern traten am Montag in den Ausstand. Die japanischen Passagier-Dampferlinien befürchten eine Stilllegung ihres Verkehrs und beschließen, die chinesische Mannschaft durch japanische Seeleute zu ersetzen.

Schacht beruhigt.

Ph Wien, 9. Juni. Reichsbankdirektor Schacht, der sich zurzeit für wichtigen Besprechungen aufhält, empfing gestern die Vertreter der Wiener Tagespresse, denen er u. a. Aufklärung über die Stinnes-Angelegenheit gab, deren Tragweite nach seiner Auffassung nicht richtig eingeschätzt werde. Die Schwierigkeiten der Firma bezögen sich lediglich darauf, daß ihre Finanzierungen mit allzu kurzfristigen Krediten vorgenommen worden sei. Die ganze Aktion zugunsten der Firma Stinnes habe lediglich darin bestanden, daß die Banken sich verpflichteten, kurzfristige Kredite auf längere Zeit zu befristeten und darüber hinaus für diejenigen Gelder, die in dieser Abmachung mit einbezogen sein können, die erforderlichen Kredite zur Verfügung zu stellen, die evtl. bei Abruf dieser Gelder benötigt werden. Deshalb sei nach keiner Seite hin irgendwelcher Grund zur Beunruhigung vorhanden.

Den Kampf unsichtbar gemacht.

In Köln, 9. Juni. Der agrarische Zentrumsführer Freiherr von Loß, der in der letzten Tagung der rheinischen Zentrumspartei scharfe Angriffe gegen die Politik des Reichszentrums erhob, hat die Hand zu einer Verkündigung gegen seine Parteifreunde geboten. Ein vom Parteitag der rheinischen Zentrumspartei eingesetzter Ausschuss hat gestern mit Freiherrn v. Loß und mehreren führenden dem Zentrum angehörenden Vertretern der rheinischen Wirtschaft über die vorliegenden Meinungsverschiedenheiten beraten und ist einmütig zu der Auffassung gekommen, daß die großen Auseinandersetzungen der letzten Zeit unter allen Umständen ein Ende haben müssen. Sicher ist, daß trotzdem unter der Decke und innerhalb der Organisationen die Auseinandersetzungen zwischen dem agrarischen Flügel und der nichtagrarischen Parteimehrheit mit unverminderter Heftigkeit weiter ausgetragen wird.

Verprügelter Fahnenräuber.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es in Hohenneudorf bei Berlin zu einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmen und Reichsbannerleuten, der in der Reichspressen vollkommenen Anlaß zu einer neuen Debatte gegen die republikanische Organisation gibt. Es wird von dem Ueberfall einer Hochzeitsgesellschaft durch das Reichsbanner und von einer schweren Messerstecherei berichtet, bei der mehrere Stahlhelme schwer verwundet sein sollen.

Ratgeber ist, daß eine aus etwa 80 Personen bestehende Gruppe des Reichsbanners einen Ausflug nach dem genannten Ort unternahm, wo Nachtquartier bezogen werden sollte. Vorher wurde in einem Restaurant eine halbtündige Pause gemacht, um Erfrischungen zu sich zu nehmen. In dieser Zeit betrat ein Stahlhelme das Lokal und beschuldigte das Reichsbanner zu provozieren. Da die Stahlhelme nicht mehr ganz nüchtern waren, wurde von ihnen keine Notiz genommen, bis sie plötzlich eine Fahne des Reichsbanners ergriffen und damit verhandelten.

Als sich der Träger der Fahne von den Reichsbannerleuten eingeholt sah, gab er das Banner seinem Kumpan, der damit das Weite suchte und leider nicht ergreifen werden konnte. Der andere Stahlhelme wurde festgehalten und bekam eine gehörige Tracht Prügel für seine Unverschämtheit. Weiter ist nach den Mitteilungen der Polizei, bei der sich die Reichskameraden freiwillig melbten, in Hohenneudorf absolut nichts geschehen. Niemand ist durch das Reichsbanner belästigt oder verletzt worden.

Die Anklage gegen Horthy.

Der Untersuchungsrichter hat Edmund Benich vorführen lassen, um ihn in der gegen ihn anhängigen Strafsache wegen Verleumdung des Reichsverweyers, Verletzung der amtlichen Schweigepflicht und verbotener Veröffentlichung zu vernehmen. Da Benich jede Aussage verweigerte, wurde entschieden, daß über Benich wegen der erwähnten Vorgehen bis auf weiteres die Präventivhaft verhängt werde.

Von einem eingesehten Untersuchungsausschuß wegen des Nordes an den beiden Redakteuren ist bisher noch nichts bekannt geworden. Die Regierung scheint es also mit der Entlassung des Reichsverweyers Horthy nicht allzu eilig zu haben. Die Sozialdemokratische Zeitung „Neujama“ erittete Anzeige gegen einen Beamten im Innenministerium Stephan Soltesz, der schon von der Opposition in der öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung der Reichsherrschaft am Wörde bezichtigt wurde. Die Staatsanwaltschaft wird von der „Neujama“ aufgefordert, die sofortige Unternehmung gegen den Beamten einzuleiten.

Die Antwort darauf war die Beschlagnahme der Sonntagsnummer, die die Anklagen enthält.

Notizen.

Tagung des Wahlprüfungsgerichts. Das Wahlprüfungsgericht tagte am Montag und erklärte die angeforderten Wahlen in Ostpreußen und Posen und die ebenfalls angeforderte Vorabstimmung in Hannover für gültig.

Aufwertungsausschuß. Im Aufwertungsausschuß des Reichstags wurde am Montag eine Resolution angenommen, die bestimmt, daß Ansprüche aus Handbrieffen, Schuldverschreibungen und Schulburlunden in der Weise aufgewertet werden sollen, daß die Teilungsmasse gleichmäßig unter die Gläubiger im Verhältnis der durch Umrechnung über den Dollarkurs und Index festzustellenden Goldmarkbeträge verteilt wird.

Gegen die Fakenkreuz-Studenten. Gegenüber den Drohungen der böllischen Studenten an der Technischen Hochschule in Hannover, alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um Professor Dr. Leising, der sich über Hindenburg eine andre als die übliche Fakenkreuzmeinung erlaubte, aus dem Lehrkörper der Hochschule zu entfernen“ und „nicht eher zu ruhen, bis das gesteckte Ziel erreicht ist“, fordert die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags vom Staatsministerium in Form einer Großen Anfrage ein energisches Vorgehen, damit die durch die Reichsverfassung garantierte Pressefreiheit geschützt wird und die zuständigen Verwaltungen der Hochschule jederzeit gegen eine Verletzung des Artikels 118 der Reichsverfassung einschreiten. Zugewiesen hat der Unterrichtsminister den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover aufgefordert, gegen den böllischen Terror vorzugehen. Öffentlich hat der Appell des Ministers den gewünschten Erfolg.

Keinen Anlaß gehabt. Die Böllischen und die Deutschen nationalen haben die Falsche, daß das preussische Staatsministerium anlässlich der Einführung und Vereidigung des neuen Reichspräsidenten keine besondere Kundgebung im Landtag veranstaltet und den Später bildenden Vereinen das Mitführen von Musikkapellen beim Einzug Hindenburgs verboten, zu je einer kleinen Anfrage an die Regierung benutzt. Minister-

3. N. 3 nicht nach dem Nordpol.

New York, 9. Juni. Der amerikanische Marine-Minister hat die norwegische Regierung wissen lassen, daß eine Hilfeleistung für Umanben durch amerikanische Luftschiffe erst in Frage kommen kann, wenn man bestimmt wisse, wo sich der Vordränger befindet. Eine Rettungsoperation durch Luftschiffe hält man zurzeit in Anbetracht der Wetterlage für unmöglich.

Der Hafenarbeiterstreik in Duisburg.

In Duisburg, 9. Juni. Die in Dortmund unter Vorsitz des Reichskommissars Mehli stattgefundenen Verhandlungen zur Beilegung des Lohntariffes in dem Duisburg-Muhrorter Hafen sind gescheitert. Hierauf schlug der Reichskommissar den Arbeitnehmern vor, eine Abstimmung darüber herbeizuführen, daß bis zum 15. Juni ein Friedenszustand eintreten soll. Bis dahin soll versucht werden, den Lohntarif unter Dach und Fach zu bringen. Die Abstimmung über diesen Vorschlag wird am Dienstag nachmittag erfolgen. Nach Mitteilung von Arbeitnehmerseite ist mit einmütiger Ablehnung dieses Vorschlags und verschärfter Fortsetzung des Hafenarbeiterstreiks bestimmt zu rechnen.

Die Unternehmer haben zahlreiche im Duisburger Hafen liegende Schiffe nach Köln beordert. Auf diese Weise soll der Kampf der Hafenarbeiter wirkungslos gemacht werden. Der Deutsche Verkehrsband wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung der Unternehmer, die Kölner Hafenarbeiter als Streikbrecher zu verwenden. Die Schiffer sind angewiesen, solche Arbeiten nicht zu verrichten, auch dann nicht, wenn dadurch der Arbeitskampf auf das Kölner Gebiet übergreifen sollte.

Politischer Terror in der Hochschule.

In Hannover, 9. Juni. Professor Leising hat nach der Entscheidung des preussischen Unterrichtsministers, wonach sein „Hindenburg-Artikel“ im „Prager Tageblatt“ kein Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen verleihe, seine Vorlesungen wieder aufgenommen. Das gestrige Kolleg verlief ohne Störung. Es verläuft jedoch, daß der Rektor der Technischen Hochschule in den nächsten Tagen erneut beim Kultusministerium Einspruch erheben wird.

Präsident Braun hat den Reichsböllischen geantwortet, daß das Staatsministerium zu einer besonderen Kundgebung für Hindenburg im Sinne der Anfrage keinen Anlaß gesehen habe und dazu auch nicht bereit sei. Das Ministerium ist, wie Minister Severing auf die Anfrage der Deutschen nationalen antwortete, aus sicherheitspolizeilichen Gründen erfolgt.

Kein Interesse für Regierungsumbildung. Von der zu Montag einberufenen Sitzung der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, die sich mit der Umbildung der preussischen Regierung beschäftigen sollte, hat man insbesondere in den Reichskreisen die schon lange ersehnte Entscheidung erwartet. Die Hoffnungen haben sich aber nicht erfüllt. Infolge der geringen Beteiligung an der Sitzung wurde diese nach kurzer Debatte geschlossen, ohne daß man zu irgendwelchen Entschlüssen gekommen wäre.

Klagende Kommunisten. Die blutige Prügelei am Bremer Revolutionsdenkmal, die am 4. Februar dieses Jahres von den Kommunisten provoziert wurde, hatte vor dem Bremer Schöffengericht ein Nachspiel. Auf Anzeige der Kommunisten war das Reichsbannermitglied Mühlenwieg wegen schwerer Körperverletzung angeklagt worden. Während die Kommunisten behaupteten, Mühlenwieg habe einem Kommunisten das Auge mit einem Messer verletzt, wurde in der Gerichtsverhandlung festgestellt, daß M. weder ein Messer noch irgendein gefährliches Werkzeug bei sich hatte. Die Staatsanwaltschaft beantragte selbst die Freisprechung Mühlenwiegs, die auch vom Gericht ausgesprochen wurde.

Tagung des Völkerverbands. Der Völkerverband hielt am Montag unter dem Vorsitz von Quinones (Spanien) eine kurze Eröffnungssitzung ab. Mit Ausnahme von Gutzman (Belgien) waren alle Mitglieder anwesend. Es wurden nur administrative und politische Fragen untergeordneter Art behandelt. Das Problem des Austausches der griechisch-türkischen Minoritäten wurde bis zur nächsten Tagung verschoben. Der Streitfall wegen der Austreibung griechischer Patriarchen aus Konstantinopel ist durch Verzichtserklärung der Griechen erledigt worden. Der Rat nahm dann noch die Berichte der Finanzkontrollkommission, der Mandatskommission und den Konventionsschluß zwischen Polen und Deutschland über den Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft zur Kenntnis und vertagte sich bis Dienstag.

Arbeitsdienst statt Heeresdienst. Der schwedische Reichstag hat der Vorlage der sozialdemokratischen Regierung zugestimmt, die die Verneinerung des Militärdienstes aus religiösen oder ethischen Motiven gestattet. Die Militärdienstverweigerer haben Arbeitsdienst zu leisten, der 90 bzw. 120 Tage länger dauert als die Militärdienstzeit.

Depeschen.

Von der Flut überrascht.

Wb. Hamburg, 9. Juni. Unvorsichtiges Wattenlaufen forderte am Sonntag bei Cuxhaven vier Menschenleben. Vier Personen, die sich bei der Angelbasse zu weit hinausgewagt hatten, wurden von der Flut überrascht und konnten nicht mehr zurückkommen. Auch den beiden Motorbooten, die zwischen die Liebe und Angelbasse den Dienst tun, gelang die Rettung nicht mehr, da die Berührung offenbar von der Strömung ins tiefe Wasser getrieben worden waren.

Zu Flug oghlobiert.

Wb. Paris, 9. Juni. Gavas melbet aus Sez: Ein französisches Bombenflugzeug hat gestern nachmittag Feuer gefangen und ist abgestürzt. Da die Bomben dabei explodierten, sind der Flugzeugführer und der Beobachter zerritten worden.

Das vernünftige Frankreich.

Wb. Paris, 9. Juni. In der „Cere Nouvelle“ fragt Vial Mazel: Wo sind denn die 35 000 bis 40 000 Kanonen, die 5 bis 6 Millionen Handfeuerwaffen und die 30 000 Flugzeugmotoren, die Deutschland nötig hätte, um eine Aktion an unserer Grenze zu unternehmen? Außerdem muß man doch sagen, daß es weder mit 130 000 noch 150 000 Mann Schutzpolizei, noch mit der Ordnungspolizei und der Hilfspolizei und all den andern, die für den innern Dienst nötig sind, und für die eine Bewaffnung praktisch gar nicht vorhanden ist, Polen angreifen oder besiegen kann. Man fühlt eine gewisse Verlegenheit, wenn man zu so einfachen Elementen der Disziplin seine Zuflucht nimmt. Aber in Wahrheit werden die Berichte doch nur geheimgehalten, um besser einer an Deutschland gerichteten Note zum Wortraum dienen zu können, damit man die Gefährdung seiner industriellen Produktionsmittel erziele. Man spricht in den Westlichen (gemeint ist der Gesamtbericht, der nicht veröffentlicht wurde) sehr wenig von Kanonen, aber sehr viele Martini-Kalibren, Hochöfen und von der Zerstörung von Gebäuden für Bessemerstahlwerke.

Soweit Vorrat:

Sommerstoffe

Waschmusselin reizende Muster Meter M. 1.10 95	75	Waschkrepp in vielen modernen Farben Meter	88
Frotté für praktische Kleider Meter M. 2.75 1.65	95	Zephirleinen für Sporthemden, gestreift und einfarbig Meter	95
Perkal für Blusen und Ober- hemden, mod. Streifen, Meter M. 1.25 95	85	Foulardine ca. 100 cm breit, für Blusen, Kleider, Futterwecke usw. Meter M. 2.75 2.45	225
Wollmusselin neue Ausmusterung . . . Meter M. 3.75 2.90	260	Krepelin neuartige Druckmuster Meter M. 1.55	135
Wollmusselin in weiß und vielen modernen Farben . . . Meter M.	320	Vollvoile große Breite, in reizender Ausmusterung Meter M. 2.75 2.25	195

Billige Kurzwaren

Maschinengarn

schwarz und weiß
200 Meter, 4 fad . . . Rolle 20
1000 Meter, 4 fad . . . Rolle 95
200 Meter, 8 fad . . . Rolle 16
1000 Meter, 8 fad . . . Rolle 70

Nähseide Marke Gütermann
50-Meter-Rolle 14

Druckknöpfe schwarz und weiß,
Robinson, Pyram
Sultan . . . Duzend 10 8

Stahlstecknadeln Blechdose 25

Katleinwand fort. Breiten
5 Stück 35

Heftgarn . 20-Gramm-Rolle 12
. 50-Gramm-Rolle 45

Handzwirn schwarz und weiß
5 Sterne 10

Leinwand zwirn schwarz u. weiß
2 Sterne 10

Seidenstoffe

Seidenfrotté einfarbig, ca. 80 cm breit, Meter M. 1.75	145	Seidenfrotté in reizenden Druckmustern, ca. 80 cm breit Meter M.	285
Wachseide moderne Streifen, ca. 70 cm breit . . . Meter M. 4.20	350	Kunstseidene Krepps u. Foulards für Kleider und Kasaks, ar. Breite Meter M. 7.25 5.80	380
Trikot-Kunstseide ca. 140 cm breit, in vielen modernen Farben Meter M. 5.80	390	Japon für Lampenschirme in allen gängbaren Farben, ca. 90 cm breit Meter M.	420
Schwarze Wachseide extra schwere Qualität, be- sonders für Badeanzüge ge- eignet Meter M.	550	Reinseid. Baststreifen für Kleider und Oberhemden, ca. 80 cm breit Meter M. 6.80	580
Eolienne Seide mit Wolle, großes Farbentortiment, ca. 100 cm breit . . . Meter M. 7.50	680	Reinseidene Foulards in aperten Mustern, große Breite Meter M. 0.40 8.60	690

L. W. W. in D. W. W.
Bismarckstr. 51-52.

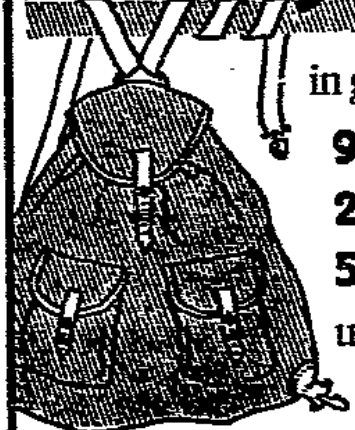
Gute Seifen sehr billig

Kernseife, gelb 250 Gr. Feingewicht Stück	20
Kernseife, gelb 250 Gr. Feingewicht Stück	16
Kernseife, weiß 250 Gr. Feingewicht Stück	27
bei 5 Stück	133
bei 10 Stück	265
Schmierseife, gelb helle Ware . Pfund	33
bei 5 Pfund	163
bei 10 Pfund	325
Schmierseife, weiß Pfund	38
bei 5 Pfund	188
bei 10 Pfund	375
Seifenpulver 1/2-Pfund-Paket Paket	30
Seifenpulver 1/4-Pfund-Paket Paket	16
Schwan-Seifenpulver Paket	30
Kristall soda Paket	6
Senkel-Fabrikate	
Berlin Paket 45	61
Wien Paket 30	15
Österr. Seifenpulver Paket 20	15

Waren-Berein

- G. M. F. G. -

Rucksäcke



in großer Auswahl
95 Pfg., 1.50
2.75, 3.25
5.00 Mk.
und höher

Hugo Nehab
Johannisbergstr. 2

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Zeitnahme und die überaus reichen Kranz-
spenden beim Begräbnis meines lieben
Sohnes sagen wir unsern herzlichsten
Dank. Besonders Dank dem Magde-
burger Volkspolizei, Herrentanzgesellschaft,
Jugend und Schütz. dem Turnverein
Fichte (Abteilung Badkau), der Lehrlings-
Abteilung Gießerei Krupp - Grunowert,
seinen Freunden und Verwandten, sämt-
lichen Mitwohnern des hiesigen Wanz-
leber Straße 2. Besonders Dank Herrn
Buttle für seine trefflichen Worte am
Grabe.

Karl Wölter u. Frau
nebst Tochter.

Statt Karten.

Für die herzliche Zeitnahme beim Begrä-
nis meines lieben Entschlafenen und für die
reichen Blumen- und Kranzspenden danke ich allen Gön-
nern, Bekannten und Verwandten sowie den
Bewohnern der hiesigen Steinstraße 29 und
Hilfswörterlehen 29 und dem Gärtnersverband.
Besonders Dank dem Seemannsverein, deren
für den erhabenen Seemann, der Seemannsverein
Rein, der Frau M. Wölter sowie Herrn Pastor
Krieger für die trefflichen Worte in der Kapelle.
Gemeine Kranzgeb. Albrecht
nebst Angehörigen.

Mit Kredit- Bewilligung Möbel

zu kauft, Bedingungen.
Schlaf-, Speisezimmer
Kochzimmer, Küchen
Einzelmöbel
Möbel für 65 M.
Anzahlung 9 M.
Möbel für 100 M.
Anzahlung 16 M.
Möbel für 150 M.
Anzahlung 22 M.
Möbel für 200 M.
Anzahlung 30 M.
Möbel für 300 M.
Anzahlung 45 M.
Möbel für 400 M.
Anzahlung 60 M.
Möbel für 475 M.
Anzahlung 75 M.
Möbel für 500 M.
Anzahlung 75 M.
Anzahlung 100 M.
oder monatlich.
Spez. 1 Wohn-Einricht.
Ernst

Geissler

Magdeburg
Breiter Weg 124
Bismarckstr. 62
Täglich 8 1/2 - 1 und
2 1/2 - 7 Uhr geöffnet.
Versteht auch alt. Preis

Teilnehmenden Freunden und Bekannten
hiermit zur Nachricht:
Am Montag den 8. Juni, mittags 1 Uhr,
entschließ sanft nach höherem Willen unsere liebe
Schwester, Schwägerin, Nichte, Cousine und Tante

Ida Sandring

im 42. Lebensjahre.
Magdeburg-G., den 9. Juni 1925.
Halberstädter Straße 54/55
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Donnerstag den 11. d. M.,
nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Remsdorfer
Friedhofs aus statt.

Zurückgeführt vom Grabe unsern lieben ent-
schlafenen Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Karl Lehmann

sagen wir allen lieben Verwandten und Bekannten
für die reichen Kranzspenden unsern herzlichsten
Dank.
Ganz besondern Dank sagen wir Herrn
Buttle für die trefflichen Worte am Grabe und
am Grabe, dem Arbeiter-Gesangsverein Männer-
chor Fernersleben und dem Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold, Abteilung Fernersleben, sowie der
Sozialdemokratischen Partei und dem Bau-
gewerksbund.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kennst du

Magdeburgs
weitere Umgebung?
Dein Fahrrad trägt dich
bald hinaus und ein
guter Berater, der dir
alle Natur Schönheiten er-
schließt ist
Selmbergers:
Aufstiegs-
Roh
20 Wanderrouten mit
Kartenbeilage.
1 Mark
Buchhandl.
Volkstimme
Gr. Mühlstr. 2.

Dankfagung.

Nachdem wir unsere liebe Tochter
und Schwester
Else Eggert
zur letzten Ruhe geleitet haben, danken
wir allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem für die erwiesene Teilnahme.
Dank Herrn Oberlehrer Buttle für die
trefflichen Worte in der Kapelle.
Dank den Bewohnern des Saules
Arendstraße 11. Dank dem Personal
des Konsumvereinslagers 12.
Magdeburg-R., 7. Juni 1925.
Fritz Eggert nebst Frau
Martha und Frieda
als Schwestern.

Nachrichten aus der Provinz.

An die Parteigenossenschaft!

Hiermit berufen wir zum Sonntag den 2. August 1925, vor-

mittags 9 1/2 Uhr, den ordentlichen Bezirksparteitag

ein mit der Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht: a) Allgemeines. b) Kasse. c) Arbeiterwohlfahrt. d) Jugend. e) Bildung. 2. Statutenänderung. 3. Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag. 4. Anträge und Verschiedenes.

Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Ortsvereine und den Mitgliedern des Bezirksvorstandes und des Ausschusses. Auf je 1000 Mitglieder entsenden die Unterbezirke 1 Delegierten; Restzahlen über 500 gelten für voll. Der Berechnung müssen 44 Beiträge des letzten Jahres zugrunde gelegt werden.

Außerdem nehmen auf Kosten der Bezirkskasse mit beratender Stimme an den Verhandlungen des Bezirkstags teil: die besoldeten Parteisekretäre des Bezirks, die Abgeordneten des Reichstags und der beiden Landtage sowie die Vorsitzenden der Preßkommissionen der Parteizeitungen.

Den Verlagen der Parteizeitungen steht das Recht zu, auf ihre Kosten Vertreter der Redaktionen und der Geschäftsleitungen zu den Verhandlungen zu entsenden.

Delegierte zum Parteitag haben sich durch schriftliches Mandat, sonstige Teilnehmer durch Mitgliedsbuch auszuweisen. Das Mandat erhält jeder Delegierte vom Bezirksvorstand zugesandt; die Unterbezirke müssen jedoch Namen und Adressen der Delegierten bis zum 18. Juli an das Bezirkssekretariat einsenden.

Die Zahl der auf jeden Unterbezirk entfallenden Delegierten ist den Unterbezirksverbänden bereits mitgeteilt, diese sind gleichfalls vom Bezirksvorstand um Vorbereitung der Wahl zum Bezirksparteitag ersucht worden.

Anträge an den Bezirksparteitag können nur von Ortsvereinsversammlungen, Unterbezirkskonferenzen resp. Agitationskommissionen gestellt werden. Sie müssen spätestens drei Wochen vor Stattfinden des Bezirkstages beim Bezirksvorstand eingereicht werden.

Im Anschluß an den Bezirksparteitag findet am Montag den 3. August eine

Frauenkonferenz

statt, welche sich mit den notwendigen organisatorischen Arbeiten der Frauenbewegung zu beschäftigen haben wird.

Genossen und Genossinnen! Der diesjährige Bezirksparteitag soll ein Rückschau für die hinter uns liegenden zwei Jahre schwerer Arbeit sein. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß alle Ortsvereine und Unterbezirksverbände sich ausgiebig in besonderen Besprechungen mit dem Bezirksparteitag beschäftigen. Jedes Mitglied hat ein Recht, zu erfahren, was im Bezirk vorgeht. Einen ausführlichen schriftlichen Bericht werden wir baldmöglichst herausbringen. Schon jetzt aber heißt es, den Bezirkstag vorzubereiten, damit die Delegierten den Willen der Mitgliedschaft auf dem Bezirksparteitag zum Ausdruck bringen können.

Der Vorstand

des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt. August Fabian, Vorsitzender.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Verunglückt. Daß der Stahlhelm mit Recht Brahlhelm genannt wird, zeigte ganz deutlich das hier am letzten Sonntag stattgefundene Stahlhelmsfest. Schon das Herausretzen von schwarzweitzoten Fahnen und das Anbringen von Girlanden zeigte den kläglichen Verlauf an, den das Fest nehmen sollte. Was wurde nicht alles vor dem Feste geredet, wieviel tausend Mann erschienen würden. Die allwöchentlich vorgenommenen Reib-

übungen einiger Söhne der notleidenden Landwirtschaft sollten dazu beitragen, das Fest zur höchsten Vollkommenheit zu gestalten. „In großen Scharen“ rückten nun in den ersten Nachmittagsstunden die Stahlhelmbereine an. Nicht Fahnen waren im Umzug zu sehen, und spöttische Zungen, die es überall gibt, sprachen von einer Beteiligung von einem Bäckerbude und. Von den vielen Tausenden waren kaum 200 Mann erschienen. Keit- und Fußmannschaften zeigten in ihrem Gesamtbild, nach welcher Seite die Mehrzahl der Bevölkerung sich hinneigt. Denkende Männer und Frauen, wie auch die Jugend wird man nie wieder für die „so lieb gewonnenen alten Zeiten“ gewinnen können. Nur Leute, die in einer derartigen äußerlichen Pose sich wohl fühlen, machen diesen Kummel mit.

Kreis Jerichow 1.

Stadtverordneten-Sitzung Gommern vom 5. Juni 1925.

Trotzdem die Versammlung nur über acht Punkte zu beraten hat wurde sie teilweise so stürmisch, daß der deutschnationale Landwirt Döring wegen Beleidigung der gesamten Beamten- und Angestelltenchaft der Stadt einen Ordnungsruf erhielt. Die Zuschlagserteilung zur Wiesenverpachtung wurde genehmigt. Dem Ränichenzuchtverein Volkswohl wurde die Kabel vom Vorjahre für 9 Mark überlassen. An Nacht wurde erzielt für Wiesen 2039 Mark, für Gräserreien 179 Mark, zusammen 2218 Mark. Im Vorjahre waren die Einnahmen 2731 Mark. Stadtb. Hensel (Soz.) regte an, die Wiesen auf mehrere Jahre zu verpachten, da dann die Pächter mehr Interesse haben würden für die Instandhaltung der Wiesen. Das Ueberlandwerk würde beabsichtigt, auf den städtischen freien Platz vor dem Gasfischen Grundstück an der Prekierner Straße ein kleines Transformator- und Kabelüberführungshäuschen zu errichten. Falls die Gleichstromversorgung später auf Drehstrom umgestellt werden sollte, kann dieses Gebäude gleichzeitig als Transformatorstation dienen und von hier aus der südliche Teil der Stadt mit Drehstrom versorgt werden. Als Ankerentgelt für die Wiesen soll jährlich 5 Mark erhoben werden. Die Versammlung ist einstimmig für Annahme. Auf eine Unterlassungserklärung der früheren bürgerlichen Magistratsmitglieder und Stadtverordneten weist der Antrag hin: „Beitritt zur Ruhegehaltskasse für die Kommunalbeamten der Provinz Sachsen“. Mit Rücksicht auf die Belastung der Stadtgemeinde schon durch die zurzeit bezahlten Pensionen in Höhe von 10 000 Mark jährlich (Bürgermeister Hennig etwa 5000 Mark,endant Klingner 3000 Mark und Polizeiwachmeister Ernst 2000 Mark), empfiehlt der Magistrat den Beitritt der Stadt mit sämtlichen Beamten zur Ruhegehaltskasse zum 1. April d. J. Als Verpflichtung muß die Stadt folgendes leisten: 1. Zahlung eines einmaligen Einkaufsgeldes in Höhe von 5 Prozent der etwa 37 000 Mark betragenden Gehaltsbezüge, gleich 1850 Mark. 2. Zahlung eines regelmäßigen Jahresbeitrags, der im letzten Jahre 12 Prozent der Gehaltsbezüge betragen hat, also etwa 4440 Mark. Dafür übernimmt die Ruhegehaltskasse die Zahlung der den Beamten zustehenden Ruhegehälter. Die Ruhegehalte der bisher pensionierten Beamten hat die Stadt auch weiterhin allein zu tragen.

Der Anschließ wird einstimmig beschlossen. Der sonst gegen alles stimmende Hübnert vom Ordnungsbuch gibt offen zu, daß seine rechtsgerichteten Vorfahren gefehlt hätten, und daß viel Geld gespart worden wäre, wenn schon früher der Anschluß vollzogen wäre. Er ist der Meinung, daß auch die schon drei pensionierten Beamten mit eingekauft werden müßten. Es würden vielleicht 30 000 Mark in Frage kommen. 30 000 Mark scheinen Rektor Hübnert in diesem Falle Kleinigkeit zu sein; wenn aber Steuern beschlossen werden sollen, den städtischen Beamten die Gehälter auszahlen zu können, dann stimmt er mit seinen Freunden dagegen. Auch der deutschnationale Döring ist für 30 000 Mark. Landwirt Struß war für Vertagung des Punktes, weil die Stadt schließlich es bei andern Käufen billiger haben könnte. Hier sprang dann der Ordnungsbuchratmann Lamprecht in die Brezche und rückte seine Fraktionskollegen zurecht, indem er ihnen sagte, eine Vertagung bedeute weiteren Schaden für die Stadt. Beigeordneter Lerche erklärte, daß schon seit 1910 die Sache laufe, aber immer wieder von den damaligen Ratmännern abgelehnt wurde. Um die jetzige Bürgermeistervohnung, in welcher der Bürgermeister a. D. noch sitzt, frei zu bekommen, sollte eine Räumungsklage beim Gericht eingereicht werden. Nachdem der Stadtb. Hübnert, der, wie in Gommern bekannt, gern eine Dienstwohnung haben will, von seinem Plan spricht, den er nicht öffentlich verhandeln will, da es ihn selber mit angeht, zieht der Magistrat den Antrag zurück.

Der Bebauungsplan des Schützenhauses mußte noch zurückgestellt werden, da in der Zeichnung 16 Häuser vorgesehen waren und die Stadtverordneten nur 14 Wohnungen wünschten. Beigeordneter Lerche versprach im Interesse der Bauwirtschaft den Ingenieur Böhmer in Kenntnis zu setzen, der dann die andre Zeichnung mit 14 Häusern so schnell wie möglich fertigstelle. Die

nächste Stadtverordneten-Sitzung soll im Laufe der Woche stattfinden. Durch die Vermessung hat sich ergeben, daß Teile des Schützenhauses, das dem Ratmann Lamprecht gehört, noch auf städtischem Grund und Boden stehen. Früher war eben alles möglich. Geradezu Schindluder wurde mit städtischem Eigentum getrieben. Wir werden ja sehen, ob sich Lamprecht, der uneigennützig Ratmann, der sich in kurzer Zeit zwei Häuser erwerben konnte, diesmal den beabsichtigten Einspruch gegen den Bebauungsplan zurückziehen wird im Interesse der Siebler. Dem Bebauungsplan für das Gelände am Manheimer-Hospital wurde einstimmig zugestimmt. Stadtb. Hensel (Soz.) empfiehlt, die Straßen im Bebauungsgelände baldigst pflastern zu lassen, damit es den Anliegern möglich ist, auch das Baumaterial nach der Baustelle zu bekommen. Es müßte deshalb eine Anleihe aufgenommen werden. Stadtb. Köpner (Soz.) wünscht, daß von Seiten der Stadt zum Abfahren des Sandes vom Baugelände, Schwellen gelegt und befestigt werden. Dieses wurde vom Beigeordneten Lerche zugestimmt.

Maurer Karl Krause, Bahnarbeiter Otto Krause, Zimmermann Heinrich Hahn und Bahnarbeiter Heinrich Weder sind von dem städtischen Gelände am Manheimer-Hospital zur Herstellung von Sieblungen Baustellen überlassen worden, wofür der Magistrat mit den Käufern folgende Verkaufsbedingungen vereinbart hat: 1. Der Preis für das Quadratmeter Baugelände beträgt 60 Pfg. 2. Der Kaufpreis soll als Amortisationshypothek eingetragen, mit 4 Prozent verzinst und mit 1 Prozent getilgt werden. 3. Die Verzinsung soll am 1. April 1925 beginnen. Der Ordnungsbuch ließ durch seinen Sprecher Struß erklären, daß der Kaufpreis ziemlich niedrig bemessen sei. Die Vertreter der Sozialdemokratie, Kommunisten und unparteiischen Mitte meinen, daß der Preis für den Sandboden hoch genug sei und man doch die Bautätigkeit nicht durch zu hohe Bodenpreise unterbinden sollte. Struß meint, früher hätte der Quadratmeter 2 Mark gekostet.

Den Brennpunkt bildete der Punkt 8: Erhebung von Feldschußbeiträgen. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte für das Jahr 1924 die Feldschußbeiträge mit 4 Mark für den Morgen festgelegt. Dagegen hatte die Landwirtschaft unter Führung des Stadtb. Döring Einspruch beim Regierungspräsidenten in Magdeburg eingelegt. Der Regierungspräsident hat Bedenken und erwidert, die Beihilfen der städtischen Körperschaften entsprechend abzuändern und den Beitragssatz auf 2 Mark festzusetzen. Der Magistrat hat eine anderweitige Festsetzung abgelehnt und wünscht im Hinblick auf die Finanzlage der Stadt, es bei 4 Mark zu belassen. Der deutschnationale Döring nahm erregt das Wort und konnte es nicht verhehlen, daß der Magistrat sich einer Behörde widersetzen könne. Die Auslegungen des Regierungspräsidenten wären doch so sachlich und die Not der Landwirtschaft so bezweifelt, daß sie unmöglich diese hohen Beiträge zahlen könne. Dann beschimpfte er die Feldschußbeamten, daß sie nicht genug täten, besonders Schreyer Faulenze, früher hat er in 1 Tag mehr getan wie heute in 14 Tagen. Stadtb. Hensel (Soz.) stellte die Frage, welche Gruppe der Steuerzahler bei einer Festsetzung des Feldschußbeitrags auf 2 Mark den Höchstbetrag für 1924 deden solle. Ob es die Gewerbetreibenden, die sich doch auch bedürftig nennen, noch übernehmen wollen, oder der Arbeiterstand bei den tarzen Löhnen. Wenn der Gewerbestand bereit ist, die Steuern seinen agrarischen Freunden abzunehmen, wäre es gleich, dann könnte der Satz eine Verringerung erfahren. Eine weitere Belastung der Arbeiterschaft, insbesondere der Hausbesitzer und Mieter, wird abgelehnt. Hierauf nahm der Ratmann Lamprecht das Wort und lehnte die Nebennahme der Steuern auf den Gewerbestand ab. Er verstehe nicht, wie Döring sagen könne, das Schreiben des Regierungspräsidenten wäre sachlich. Der Regierungspräsident schreibe jedem nach dem Munde. Quatsch wäre es schon bei dem Etat gewesen, daß die Steuer vom Grundvermögen im Interesse der Landwirtschaft auf 250 Prozent herabgesetzt werden mußte.

Die Ordnungsbuchmänner machten lange Gesichtser. War das der Unentwegte? Döring ging es gegen den Strich. Wenn die Magistratsvorlage angenommen würde, dann erklärte er alle Beamten und Angestellten als Faulenzer, sie hummelten nur alle in den Bureauräumen herum. Stadtb. Vorsteher Köpfer nahm die Beamten und Angestellten in Schutz und erteilte Döring einen Ordnungsruf. Auch Beigeordneter Lerche nahm die Beamten- und Angestelltenchaft in Schutz. Aber Döring meinte, abge-

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Speziell chronische Stuhlverstopfung

wird behoben durch den Gebrauch der Herber-Kerne, die Sie in Packungen zu 30 Gram in der Apotheke erhalten. Sicher Hofapotheke, Breiter Weg 158.

Das schöne Mädel.

Roman von Georg Girschfeld.

(30. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Da regte sich eines Tages ihr Nachbar. Herr Moritz Ungnad besaß die größere Wohnung des Stockwerks, sein Arbeitszimmer grenzte an den Raum, wo Afrika musizierte. Täglich hörte er sie singen. Herr Moritz Ungnad wurde nicht davon gestört, denn er studierte nicht und dichtete nicht, sondern schrieb nur Geschäftsbriefe, worin von Gagen und Spiegeln die Rede war. Er hatte eine bekannte Theateragentur. Seine Spezialität war die Operette. Als er Afrika gesehen hatte, war er entsetzt. Die Schönheit dieses Mädchens war ein europäisches Ereignis. Sie ersetzte vollkommen, was ihr an Stimme mangelte.

Nur wie er mit dem Herrn Baron fertig werden sollte, wußte Moritz Ungnad nicht. Die Operette war sicher nicht nach dem Geschmack dieses vornehmen Herrn. Aber wenn das Fräulein gewonnen war, mußte er sich wohl fügen.

In einer Zeit, da er vor dem Herrn Baron sicher war, ließ Moritz Ungnad sich bei Fräulein Götti melden. Afrika hatte ihren Nachbar noch nicht zu sehen bekommen. Nun trat ein unschönes Mädchen von komischer Eleganz vor sie hin. Sie konnte kaum ernst bleiben, als er sonst seine so sichere Wirkung bei ihr erprobte. Aber sie horchte bald auf. Was Herr Ungnad zu ihr führte, traf sie fast mit ihren ruhelosen Wünschen zusammen. Sie verstand allmählich, was er ihr bot. Ein irrer Glanz kam in ihr einfaches Dasein. Dieser kleine Besucher hatte große Macht.

Sie sind eine beaute first class, meine Gnädige. Sie haben auch zweifelloses Talent. Man kann nicht schön sein, ohne Talent zu haben. Die Situation ist kolossal. In das Konfession der neuen Operettenbühne in Berlin bin ich eingetreten. Die Leute arbeiten mit Millionen, aber sie sollen auch mit meinem Star arbeiten. Mein Star sind Sie, meine Gnädige. Entschließen Sie sich — Sie haben eine fabelhafte Karriere vor sich.

Es hängt nicht von meinem Entschluß ab, Herr Ungnad. Ich muß Rücksicht auf meinen Bräutigam nehmen.

Was heißt Bräutigam. Mit dem werden wir schon einig. Wenn Sie nur mal den Ehrgeiz bis in die Fingerringen fühlen. Er kann sie doch hier nicht einperseren. Die Welt hat doch ein Recht auf Sie. Die Welt und die Kunst!

Er machte eine pathetische Bewegung — da trat Arnulf ins Zimmer. Moritz Ungnad geriet nun doch ein bißchen aus der Fassung. Der Blick dieses Herrn, legte ihn förmlich aus dem Zimmer.

Arnulf wahrte die Form. Er ließ sich von Afrika den Besuch erklären. Sein Gesicht blieb unbeweglich, nur etwas bleicher war er geworden, denn er spürte Afras erwachte Sehnsucht. Schließlich sagte er mit ruhiger Höflichkeit: „Ich danke Ihnen bestens, Herr Ungnad. Ihr Anerbieten weiß ich zu schätzen, aber für meine Braut kommt es nicht in Betracht. Es liegt vollkommen außerhalb des Weges, den ich für sie wünsche. Gewiß habe ich ein lebhaftes Kunstinteresse, wenn auch offen gestanden, nicht für die Operette, aber was meine Braut an künstlerischen Fähigkeiten haben mag, soll einzig allein der privaten Ausbildung dienen. Eine öffentliche, welcher Art sie auch sein mag, ist ausgeschlossen. Sie werden also einsehen, daß Ihr freundlicher Besuch ganz zwecklos ist.“

Eine eijige Pause entstand. Moritz Ungnad zitterte. Er wurde vor diesem Baron von seiner berühmten Ueberredungskunst verlassen. Mundtot war er. Es blieb ihm nur übrig, seinen Zylinder zu nehmen und mit einer Verbeugung zu verschwinden.

Afrika ging eine Weile stumm im Zimmer umher. Arnulf konnte diese heftigen Schritte — sie deuteten auf Sturm. Er wollte der Entladung abwarten. „Aergere Dich nicht, liebes Kind. Ich kann mir ja vorstellen, daß der Mensch Dich gebendet hat. Du stellst Dir seine Welt auf Deine Weise vor. Aber jetzt, wo Du mit mir allein bist, wirst Du selbst sagen —“

Sie blieb stehen und warf ihm einen flammenden Blick zu: „Freilich. Jetzt weiß ich ganz genau, woran ich bin.“

Ernst sah er sie an: „Was meinst Du.“

„Deine Kreatur. Sonst nichts. Ein dummes Geschöpf. Zu Deiner Unterhaltung bin ich da. Daß ich jeden Tag mir die Nägel putz und bade und Romane lese, das soll mein Beruf sein. Glaubst Du denn, daß ich eine Christbaumputze bin.“

„Afra, es ist sehr unrecht, daß Du Dich hemmungslos Deinem Aergere hingibst. Du weißt recht gut —“

„Ach was. Gar nix weiß ich. Langweilen tu ich mich. Verachten tu ich mich. Und nun kommt mal eine Gelegenheit, daß ich selbst was werd, daß ich was vorstell in der Welt — da schmeißt Du den Mann zur Tür hinaus. Eine Baronin werd ich darum doch nicht — das kann ich Dir gleich sagen.“

„Du weißt nicht, was Du sagst, Afrika. Nur das, was Du bist, ist für mich entscheidend. Ich will Dich weder als Operettendiva noch als Baronin — Dein Menschentum will ich. Die Entfaltung, die ich Dir geben kann, liegt nur auf diesem Wege. Davon ahnt Herr Ungnad nichts.“

„Ich auch nicht. Ich hab auch keine Ahnung, was Du eigentlich willst?“

„Das brauchst Du auch nicht zu wissen, aber Du wirst es mir einmal danken, Afrika.“

„Nein. Ich werd hier eingesperrt.“

Sie warf sich schluchzend auf den Divan. Katlos stand Arnulf neben ihr.

Da kam Frau Blind ins Zimmer. Sie hatte schon dreimal vergeblich geklopft. „Ein Expressbrief ist bekommen, gnädiges Fräulein.“

Afrika rief ihn an sich: „Von Mutter.“ — Arnulf beobachtete sie beim Lesen und sah erschrocken, daß sie bleich wurde.

„Was ist denn geschieden. Was schreibt Deine Mutter?“

Afrika ging zur Tür. Jetzt war sie ganz verwandelt und fest. „Ich muß gleich hin, Arni. Dem Franzl geht's so schlecht. Mutter ist ganz verzweifelt. Ach wohl, sei mir nicht böse und ängstige Dich nicht — ich telephonier sobald ich kann. Nun hab ich doch eine Aufgabe.“

16.

Franzl und Doktor Stolz hatten inzwischen ihre Fahrt durchs wilde Leben gemacht. Sie tauchten häufig ihre Rollen. Bald spielte der eine, bald der andre den Faust. Mephisto zu sein war leichter, aber auch weniger dankbar. Das Erlebnis mit der Weiblichkeit blieb schließlich immer dem menschlichen Geben. So waren die beiden durch halb Bayern gekommen. Den ersten Teil der Tragödie hatten sie reichlich erlebt. Nur in Auerbachs Keller, mit dem ein altes Würzburger Weinlokal zu vergleichen war, hatte es eine schlimme Variante gegeben. Hier war es nämlich dem Mephisto Franzl nicht gelungen, die Studenten, die er betrunken gemacht, zu überlisten. Man stand nicht in Verwirrung da, man sagte einander nicht an der Kasse, es war auch kein höllisches Feuer, das dem Wein entströmen war, sondern Franzls Münchner Grobheit. Die entfachte die Wut der Würzburger. So kamen Faust und Mephisto in ein böses Gebränge. Besonders der „Teufel“ wurde übel zugerichtet. Statt in die Gegenwart zu wandern, mußten die Freunde drei Wochen im Krankenhaus liegen.

Aber sie ließen sich nicht beirren. Auch das gehörte zur neuen Höllefahrt. In Nürnberg fanden sie ihre Hexenküche. In einer Spelunke, zwischen Wägen und Affen, ludte Franzls Bedenkamt die breite Bettelstuppe. Er fand ein großes Publikum. Sonderbarerweise blieb auch Faust kein eifriger Zuhörer. In Rothenburg dann, der allen, zaubervollen Stadt, traf Faust sein Götchen. Er erkannte ein kleines Bürgermädchen dazu, als es sitz am Bus der Kirche trat.

Franzl verliebte sich ebenfalls in das hübsche Kind. Im nächsten Morgen wollte er Faust sein, aber nun bedröckte Doktor Stolz ihn energisch auf seine Rolle. Mephisto gehorchte, weil Faust die Meißelkassette führte, verlegte sich aber auf ganische Kritik. Auf dem Markte zu Rothenburg ohrfeigte Doktor Stolz seinen Freund. Nun kamen sie für immer auseinander.

(Fortsetzung folgt.)

haut mühte Werben bei Beamten und Angestellten. An den Ausföhrungen des Stabts. Döring können die städtischen Beamten und Angestellten Aufschauungsunterricht nehmen. Höffentlich werden Beamte und Angestellte ihre Lehren ziehen und die richtige Antwort geben. Bei den kommenden Wahlen wird jeder Arbeitnehmer sich von diesen Reaktionen abwenden.

Bei der Abstimmung stimmte Döring, Gübner, Dehler, Strauß und Dänneke gegen den Magistrat, wogegen ihr Blockbruder Stabts. Woffe mit Sozialdemokraten, Kommunisten und unparteiischer Mitte nach der Weisung Lamprechts für die Magistratsvorlage stimmte. Daß Döring und Strauß als Landwirte sich dagegen wandten, ist zu verstehen, aber daß der Oberbauernmeister Dehler, Rektor Gübner und der Arbeiter Dänneke mit diesen Reaktionen mitmachen, bleibt mindestens verwunderlich. Wir sind gespannt, was jetzt der Ordnungsbund mit Lamprecht und Woffe machen werden. Wir werden in Gommern auf jeden Fall noch viel Spaß erleben.

Stadtkreis Burg.

Mitgliederversammlung des Mietervereins. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 842 Mark, die Ausgabe betrug 806 Mark, der Gesamtfaßbestand beträgt 1000 Mark. Dann hielt Herr Planck (Magdeburg) einen Vortrag über die vom Preussischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine beantragte Mietfestsetzung auf 130 Prozent der Friedensmiete. In der Vorkriegszeit hatte die große Mehrzahl der Hausbesitzer ungefähr 65 Prozent der Friedensmiete an Zinsen zu bezahlen. Während der Inflationszeit hatten es viele Hausbesitzer verstanden, ihre Hypotheken für ein Paket Streichhölzer abzulösen. Viele Mieter haben in der Vorkriegszeit ihre Ersparnisse dem Hausbesitzer in Form von Hypotheken zur Verfügung gestellt, die Hypothekengläubiger haben heute nichts, dagegen haben die Hausbesitzer ihre Werte behalten. Gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungsweesen wäre nichts einzuwenden, wenn wir daselbe Verhältnis wie 1914 hätten, denn damals haben im Durchschnitt 6 Prozent der Wohnungen leergestanden. Viele Mieter haben noch nicht erkannt, wie wichtig die Organisation der Mieter ist. Die Hausbesitzer sind ungefähr zu 60 Prozent organisiert, die Mieter dagegen nur zu 20 Prozent. Die Hausbesitzer stehen heute auf dem Standpunkt, daß sie als Eigentümer des Grundstücks an dem Grundstück zu viel verdienen müssen, daß sie davon leben können, denn sonst könnten sie nicht die Forderung auf 130 Prozent Friedensmiete stellen. Die Hauszinssteuer ist die ungerechteste Steuer; würde sie zum Bau von Häusern verwendet, so könnte man sich damit einverstanden erklären, aber sie wird ja zu drei Vierteln verwendet für die Ausgaben des Staates. Der Wohnfrage in Deutschland hat man immer wenig Beachtung geschenkt. Es dürfen keine Mietkämpfe gebaut werden, sondern nur Ein- oder Zweifamilienhäuser. Wir können nicht Hilfe von außen erwarten, sondern wir Mieter müssen uns selbst helfen. Herr Planck erwähnte auch das Eingekandt des Herrn Schwabe. Er erklärte, daß Herr Schwabe erst die Miete erhöht haben will und daß dann die Organisationen die Wohnkämpfe führen sollen, aber dazu werden sich diese nie herbeilassen, denn man kann nicht Wohnkämpfe führen, um den Hausbesitzern die Taschen zu füllen. Wenn die Mietervereine heute nicht wären, so würden die Mieten bedeutend über die Friedensmieten hinausgehen. Die Arbeiter haben das Recht, als Mieter und nicht wie wilde Tiere eingepfercht zu leben in Ställen. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

Die Versammlung beschäftigte sich mit der Forderung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine betr. Mietfestsetzung auf 130 Mark der Friedensmiete und beschloß, hiergegen scharfsten Protest zu erheben mit folgender Begründung: Wie auch dem Herrn Minister für Volkswirtschaft bekannt sein dürfte, ist die Realentlohnung der Arbeiterschaft nach erheblich hinter den gestiegenen Lebenshaltungskosten zurückgefallen. Dazu ist das Wirtschaftsleben in immer kürzeren Zwischenräumen von Krisen erschüttert, die erhebliche Arbeitslosigkeit für große Teile der Arbeiterschaft mit sich bringen. Weiter ist durch die Zoll- und Steuerbelastungen der Reichsregierung mit einer weiteren erheblichen Steigerung der Kosten für Erhaltung der Arbeitskraft und sonstigen Lebensbedarf zu rechnen, so daß eine Steigerung der Mieten nach dem Verlangen der Haus- und Grundbesitzervereine weit über die Friedensmieten hinaus zu ernstlichen Wirtschaftskämpfen führen muß. Wir fordern deshalb die Ablehnung des vollständig ungewollten Verlangens der Interessentenvereinigungen, damit die zu erwartenden schweren Erschütterungen des Staatsganzen vermieden werden.

Diese Entschlieung wird dem Wohlfahrtsminister übermittelt werden. Unser Vergebliches wurden Anfragen gestellt und Klärung gegeben.

Feuer. Am Sonntag gegen 4 Uhr nachmittags brannte ein Stallgebäude, der Witwe Lindhardt in Obergütter gehörig, nieder. Vier Schweine und drei Ziegen verbrannten. Die freiwillige Feuerwehr, die mit 22 Mann zu Hilfe eilte, hatte das Feuer nach zweistündiger Tätigkeit bewältigt.

Ein Einbruchdiebstahl wurde bei dem Kaufmann Zehles in der Augusti-Weber-Strasse verübt. Geschloßen wurden Zigarren-, Zigaretten und ein Damenjahrad, Karte Görlitz D 3, Nummer 12125. Das Rad war fast neu.

Umlage des Zuschlags zur Grundvermögenssteuer. Auf Grund der Verordnung über die Regelung der gesetzlichen Mieten des Ministers für Volkswirtschaft vom 25. Juni 1924 kann in den Gemeinden, in denen der Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer mehr als 100 v. H. betragt, der Verminderer den 100 v. H. übersteigenden Betrag umlegen. Durch Beschluß der Stadterordneten-Versammlung vom 14. Mai 1925 ist für Burg der Zuschlag mit Wirkung vom 1. April 1925 auf 250 v. H. festgesetzt worden. Die Umlage des Zuschlags für diese Steuer beträgt daher nicht mehr, wie bisher, 100, sondern jetzt dem genannten Zeitpunkt 150 v. H. Zu der Erhebung des Zuschlags in dieser Höhe steht zwar die Genehmigung des Reichsausschusses noch aus, doch wird diese in aller Kürze zu erwarten sein. Aus Zweckmäßigkeitsgründen erhebt auch die hiesige Steuerbehörde bereits diesen neu festgesetzten Zuschlag von den Grundstücksbesitzern, soweit sie sich freiwillig hierzu bereit erklären.

Kreis Kalbe.

Selbe. Stadion und Strombadeanstalt. Am Sonnabend und Sonntag fanden die Feierlichkeiten zur Eröffnung des hiesigen Stadions und der Strombadeanstalt statt. Wenn man zum Sonntag einen Regenbesuch erwartet hatte, so sah man sich sehr enttäuscht, der Regen war besänftigend, was nicht leicht auf die mangelhafte Propaganda zurückzuführen ist. In einem solchen Tage und bei solchem Wetter hätte der Platz viel zu sein sein müssen. Trotzdem nahmen die Veranstaltungen den erwarteten Verlauf. Am Sonnabend zeigte der Gewerkschafter Reichhold praktische Beispiele bei der Wiederbelebung Erntekraut. Abends fand ein Feuerwerk statt. Am Sonntag vormittag begannen die Wettbewerbe, wobei den Siegern schöne Preise überreicht werden konnten. Die Veranstaltungen verliefen ohne jeden Unfall; die Arbeiter-Samariter hatten nur in 17 letzten Fällen Hilfe zu leisten. — Du sollst den Feiertag heiligen. Dieses Gebot wird in letzter Zeit wiederholt übertreten. Was jetzt als wird häufig gegen diejenigen vorgegangen werden, die das Gebot der Sonntagsruhe nicht beachten. In besonders dringlichen Fällen sind Anzeigen gestattet, die jedoch nur auf Antrag gemacht werden. — Ins Wasser gegangen. In die 21 Jahre alte Adelheid 21. mit ihrem 2 Jahre alten Knaben. Die Leiche des letzteren ist bereits bei Tröbitz gefunden.

Stadtkreis Metallarbeiter! Eine außerordentlich wichtige Metallarbeiterversammlung findet am Mittwoch den 10. Juni im „Kühnenhof“ statt. Die Metallarbeiter werden aus dem dieser Stelle aus dringlichen Gründen, dringlich an der Teilnahme teilzunehmen. — Unter dem Zeichen Schwarz-weißrot hat am Sonntag Sonntag wieder einen großen

soßen, die schwarzweißrote Begeisterung aber war gering, der Fahnensturm mächtig und die Begeisterung sehr viel geringer als erwartet war. Veranlassung zu der Schaustellung mußte die 40jährige Jubelfeier des Militärvereins Hohenzollern geben. An ihr sollten sämtliche Kriegervereine, Stahlhelm mit Landsturm und Jungsta, Werwolf, Jungbo und wie alle die reaktionären Gruppen heißen, teilnehmen. Die Sache wurde eben großartig aufgezogen, wie sich das in dieser Zeit so gehört. Festlokal war natürlich das reaktionäre Hauptquartier „Salzgras“. Und sie kamen alle, aber vielmehr nicht alle. Auch gerebet wurde, und zwar nicht zumeist. Im Garten war eine festlich geschmückte Medertanzel erbaut, die auch mit den Bildnissen Kaiser Friedrichs und Kaiser Wilhelms 1. sowie ihrer Gemahlinnen geziert war, aber bezeichnenderweise nicht mit dem Wilhelms 2. Der Vorsitzende Schenk sagte in seinen Begrüßungsworten, daß der alte Friedrichs- und Hohenzollerngeist nicht erstirbt sei und gerade jetzt sich wieder stärker entwickle. Er erneuerte das Kreuzgeldnis zum Vaterland im Geiste der Hohenzollern. Die Rede des Zweiten Bürgermeisters Gruppe war etwas originell insofern, als er mit der Feststellung begann, daß er weder im Namen noch im Auftrag des Magistrats spreche, die Tatsache, daß er Bürgermeister sei, müsse genügen. Dann feierte er mit einem unangebrachten Seitenhieb auf den Oberpräsidenten Döring die alten Reichsfarben. Darauf folgte der „impassante“ Umzug, der ganze 560 Mann, richtig gezählt, aufwies. Danach noch Parade, Ball und dergleichen. — Zwei Madfahrervereine feierten am Sonntag ihr 25. Stiftungsfest. Der eine ist der Sturmvogel, der andre der Arbeiter-Nachfahrerverein Freie Bahn. Seine Darbietungen waren äußerst gelungene, seine Korfahrt machte einen sehr vorteilhaften Eindruck und beim Kunstfahren im Saale errang er die Bezirksmeisterschaft, nachdem er schon am 8. Mai in Leipzig die mitteldeutsche Gauoberrichterschaft erworben hat. Ein Diplom für 25jährige Mitgliedschaft erhielten Fr. Neubauer und Hermann Rüh als Mitbegründer. Auch war in früheren Jahren Parteivertrauensmann in Staßfurt, sein gegenwärtiger Wohnsitz ist seit langem Ballenstedt. — Trinkwasser- sperre am Mittwoch vormittag 8 bis nachmittag 3 Uhr wegen Vornahme von Rohrleitungsarbeiten. Man besetze sich rechtzeitig mit dem nötigen Wasserbedarf.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Differenzen in der Metallindustrie. Anlaß zu den Differenzen gibt ein vom Schlichtungsausschuß Halberstadt gefällter ganz unverständlicher Schiedsspruch, der den alten Mindestlohn von 57 Pfennig für den Facharbeiter über 23 Jahre für die Monate Juni und Juli weiter festlegt. Dieser Spruch hat in den Reihen der Metallarbeiter so starke Erregung verursacht, daß mit der Arbeitsniederlegung gerechnet werden muß. Derselbe Schlichtungsausschußvorsitzende, Dr. Bachmann, hat für die Metallindustrie des Nordharzbezirks — in Frage kommen die Orte Halberstadt, Uchersleben, Seehausen, Wernigerode — schon seit längerer Zeit wenn auch einen vollständig ungenügenden, aber dennoch höher liegenden Lohn festgesetzt. Ja noch vor kurzem fällt er für die Quedlinburger Metallindustrie einen Spruch, wonach für den Monat Mai für den Facharbeiter über 23 Jahre 59 Pfennig in Frage kommen. Dieser Lohn ist schon als jammervoll zu bezeichnen, aber der Schiedsspruch für Uchersleben muß um so aufreizender wirken, weil er noch um einige Pfennige und sogar bis Ende Juli tiefer liegt. Ein Teil der Uchersleber Metallarbeiter, die bei der Firma M. Wolf beschäftigt sind, die zum Magdeburger Tarifbezirk gehören, erhalten schon seit Ende März einen Mindestlohn von 61 Pfennig, dieser Lohn läuft mit dem 27. Juni ab. War schon der Schiedsspruch, der vom Schlichtungsausschuß Halle für diese Metallarbeiter gefällig wurde, zu mindestens wegen der Festlegung auf ein viertel Jahr (von Ende März bis Ende Juni) ein Festspruch, was selbst ein Teil der hier in Frage kommenden Industriellen anerkennen, so ist es der vom Schlichtungsausschuß Halberstadt für die übrigen Metallarbeiter Ucherslebens um so mehr. Es verbietet festgehalten zu werden, daß Dr. Bachmann den Uchersleber Metallindustriellen ihren Antrag an den Schlichtungsausschuß direkt in den Mund legte, indem er sie fragte: „Eie wünschen dann wohl die Verlängerung des alten Lohnes und auf wie lange.“ Worauf prompt die Antwort erfolgte: „Nun wir dachten 1 bis 2 Monate“, und Herr Dr. Bachmann eigte das weitgehende Entgegenkommen. Wäher war man der Auffassung, daß die Schlichtungsausschüsse nach Prüfung der wirtschaftlichen Lage und unter Wahrung beiderseitiger Interessen entscheiden sollten, unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlich Schwächeren. Wenn Dr. Bachmann glaubte, durch solchen jedes jeglichen Verständnisses haren Schiedsspruch den Wirtschaftsfrieden aufrechtzuerhalten zu können, so irrt er gewaltig. Vielleicht sind schon bei Drucklegung dieser Zeilen die Metallarbeiter aus der Not heraus, gezwungen in den Streik getreten. Herr Dr. Bachmann muß ja selbst wissen, ob er den Schiedsspruch verantworten kann, der die Arbeiter unter großen Opfern in den Kampf treibt. Die Metallindustriellen haben nach der Fällung des Schiedsspruches selbst erklärt, daß sie nicht daran gedacht haben, daß der Schlichtungsausschuß ihrem Antrag stattgab. Sie konnten sie dies auch, wo die Löhne in der übrigen Metallindustrie überall höher liegen und sie auch nicht unter schwächeren Verhältnissen zu produzieren brauchen wie andre Unternehmungen. Kommt es zum Kampf, so rufen wir den Metallarbeitern zu: „Steh, denn ihr kämpft um eine gerechte Sache, um eure Existenz, und die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft ist euch gewiß!“

Altmari.

Stendal. Aötung, Metallarbeiter! Dienstag abend 8 Uhr im Lokal Deier, Karlstraße, Mitgliederversammlung. Unter anderem Vortrag des Bezirks-Sekretärs R. Tornau (Ganower). Mitgliedsbuch mitbringen.

Zangerwände. Am Donnerstag den 11. d. M., abends 8 Uhr, im Zimmer 16 des Städtischen wichtige Fraktionsführung, an denen auch die Funktionäre teilzunehmen haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Altmari.

Kreisjahrentsche für den Kreis Osterburg.

Dort, wo Menschen am wenigsten Anteil nehmen am politischen Geschehen, wo sie am rückständigsten sind, ist die Reaktion am mächtigsten. In solch einem Winkel Deutschlands, in der wiesengrünen Gegend der Altmari, wo die Biere ruhig dahinfließt, so kalber eine heimliche Melodie ington, standen in Mauern eingeschloßen Männer, Republikaner, den Unverstand der Massen zu brechen. Wenn die Hauptstraße auch keinen Willkommensgruß bot, so sah sie man in den Arbeitervierteln doch rege Anteilnahme am Feste. Girlanden mit häßlichen, grüne Pfingstmalen und schwarzrotgoldene Fahnen gaben dem Feste das Gepräge. So haben auch unsere Frauen betrogen, daß sie mit den Männern eine neue bessere Zeit erkämpfen wollen.

Am Sonnabend leitete ein Fackelzug und Kommerz die Feier ein. Am Freitagabend legte Kamerad Gutshardt einen Antrag nieder: Der Kommerz eine kurze Zeit alle Kameraden. Ein Fackel über „Den Werdogang und die Entstehung der schwarzrotgoldenen Fahnen und die Republik“ rief das größte Interesse hervor.

Ubersall, wo unsere Veraburger Kameraden eintrafen, wurden sie aufs herzlichste empfangen. Lange vor der angekündigten Zeit warteten die Osterburger auf ihre Erscheinung. In Stendal fuhren unsere Kameraden auf Radern weit hinaus. Kamerad Nagel (Stendal) überbrachte ihnen in Dahlen bei Stendal den Willkommensgruß. Das erste Auto traf um 10¹⁵ Uhr in Stendal ein und langte um 12 Uhr in Osterburg an, während das zweite erst um 1 Uhr Stendal verließ und um 1¹⁵ Uhr in Osterburg war.

Hier war die Begeisterung groß. Alles jubelte und brachte Frei-Feil-Rufe aus. Nach kurzen Ansprachen ging alles in

seine Quartiere, um auszuruhen von der langen Fahrt, denn der nächste Tag forderte frische Kräfte.

1500 Reichsbannerleute, die von allen Orten herbeigeekht waren, das Symbol der Reichsbannerkämpfer aus der Lanze zu heben, standen am Sonntag bereit. Nachdem die Freien Sängler „Erwache, Wolf, erwache“, gesungen hatten, begrüßte Kamerad Gutshardt als Kreisleiter die Gäste und gedachte besonders der 150 Veraburger Kameraden. In dieser frohreaktionären Gegend ist der Zusammenschluß der breiten Massen ein heiliges Gebot. Voll Begeisterung sang die Menge „In Kimmernis und Dunkelheit“. Danach ergriff Kamerad Schumacher vom Gausvorstand das Wort zur Weihe. Er schloß: „Kommt alle, reißt euch ein in die Reichsbannerbataillone, bietet den Reaktionären Trost. Die Zangerwände 48er Fahne soll uns ein leuchtender Stern sein in dunkler Nacht, wenn wir bedenken, daß unsere Väter unter ihr gelitten und gedurft haben für Einheit, Freiheit und Vaterland. Nehmen auch wir den Spruch der alten Fahne mit in die unstrige: Eintracht macht stark!“

Karl Wögers Gelöbnis, gesprochen von Fräulein Gutshardt, ergriff alle Herzen: Deutsche Republik, wir alle schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören.

Fahnenmägel von 13 Ortschaften bekundeten die engen freundschaftlichen Beziehungen der Ortsgruppe. Der Veraburger Leiter dankte allen Quartiergebern und überreichte eine Schleiße. Ein Umzug schloß sich an. Am Nachmittag und Spätabend zogen dann unsere Kameraden wieder in ihre Standorte zurück. Die Feier wird allen unbergänglich bleiben.

*

Altmari. Das Weisfest der Reichsbannerfahne war ein Ereignis für unser Ort. Die Einwohnerschaft hat bei der Reichspräsidentenwahl bekundet, daß sie zu gut drei Vierteln republikanisch gesonnen ist. Ebenso auch am Sonntag. Die Begeisterung und Anteilnahme an der republikanischen Kundgebung der Massen muß man gesehen haben, zu beschreiben ist so etwas nicht. Der Sieg Hindenburgs hat es bewirkt, daß nun erst recht die Reichsbannerbewegung einsetzte. Die Sympathie der Bevölkerung für die Republik und das Reichsbanner zeigte sich in dem reichen Festschmuck der Häuser und Straßen. Starke Beteiligung aus den umliegenden Orten Seuburg, Groß-Ottersleben, Otterswedingen, Hohenbodelshagen und Diesdorf machte das Fest zu einer mustergültigen. Eine gewaltige Zuschauermenge hatte den Festlokal umstellt. Jedem einzelnen sah man die Begeisterung und frohe Zubericht an. Und die Sonne lachte und freute sich dazu. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kamerad Richter, begrüßte in warmen Worten die zahlreichen Teilnehmer und sprach der hiesigen Bevölkerung seinen Dank für die rege Anteilnahme aus. Die Weihe der Fahne vollzog Kamerad Wille vom Gausvorstand des Reichsbanners. Die Reichsbannerbewegung setzte 1923 ein. Was der damaligen Regierung in ihrer fünfjährigen Tätigkeit nicht gelang, nämlich die monarchistische Bewegung einzubäumen, das gelang dem Reichsbanner Schwarzrotgold. Wir Republikaner werden uns mit aller Kraft für das Volk und die Republik einsetzen. Wir werden auch unsere Jugend in dieser Hinsicht erziehen, daß sie der schwarzrotgoldenen Fahne die Treue wahr. Das Reichsbanner geht mit Zubericht neuen Kämpfen entgegen. Eine von den hiesigen Reichsbannerfrauen gestiftete wertvolle Fahnen-schleiße wurde von Frau Niese überreicht. Fräulein Stolze sprach einen sinnvollen Festprolog. Die Arbeiterführer trugen zwei Kampflieder vor. Kreisleiter Kamerad Jäger forderte zur unermüdbaren Weiterarbeit für das Reichsbanner auf. Der Reaktion und insbesondere ihrem geistigen Führer, dem hiesigen Stahlhelmkapitän Woeseritz, wurde scharfster Kampf angefaßt. Nach dem Umzug durch das festlich geschmückte Dorf verteilten sich die Festteilnehmer auf Festplatz und Parteilokal; alles war überfüllt. Der Aufmarsch der Republikaner nach der Hindenburgwahl zeigte, daß der Kampf gegen die Reaktion mit Begeisterung aufgenommen ist, kein Hindenburgrieg wird unsern Entschloßen aufhalten. Auf zum Kampfe, dem Gegner zum Trotz, dem Wolfe zu Ruh!

Tarthun. Gewaltig in die Knochen gefahren ist das hier abgehaltene Reichsbannerbezirksfest den Kommunisten. Ausgerechnet diejenigen, die in Tarthun keinen Blumentopf mit ihrer Praeterei mehr gewinnen können, wagen es noch, in ihrer „Kampfzeitung Tribüne“ den Reichsbannerleuten zuzurufen: „Wenn ihr den Kampf gegen Hindenburg, gegen die Monarchie wollt, dann heraus aus dem Reichsbanner, hinein in die rote — oder verhafte schwarzweißrote? — Front!“ Die Kommunisten und Monarchisten in Tarthun sehen ein, daß ihnen die Felle fortzuschwimmen seit der Gründung des Reichsbanners und noch mehr, seitdem der Reichsbannerntag in Tarthun abgehalten ist. Die Reichsbannerkameraden von Tarthun und ganz besonders diejenigen Kameraden, die in die Reichsbannerortsguppe eingetreten sind von links und rechts, bedanken sich tausendmal, wieder mit solchen Spektakelstücken zusammen zu arbeiten. Wenn der „Arbeiter-Korrespondent“ in seinem Bericht in der „Tribüne“ erzählt, daß am ersten Pfingsttag 800 bis 900 Demonstranten in Tarthun aufmarschiert sind, so ist daraus bestimmt zu ersehen, daß die Zahl, die von uns angegeben worden ist, 1200 Mann, nicht zu hoch gegriffen ist. Die Reichsbannerkameraden sind stolz darauf, daß sie es trotz der Zerstückelungsarbeit der Monarchisten und Kommunisten in Tarthun wieder so weit vorwärtsgeführt haben, daß diese Maulhelden und Siebediener vor dem Reichsbanner zittern. Wenn der Artikel-schreiber davon seinen drei Anhängern erzählt, daß die Redner des Tages sagten, daß das Reichsbanner gegen Hindenburg, gegen die hilflosen Militäristen und Greis kämpft, so möge er seine zwei Wusensfreunde aufklären, wodurch dieser alte hilflose Militärist Reichspräsident geworden ist. „Wir glauben recht gern und wissen es auch, daß viele Arbeiter im Reichsbanner sind, die wirklich kämpfen wollen und auf den Beginn des Kampfes warten.“ So schreibt der Korrespondent weiter in der „Tribüne“. Die Reichsbannerkameraden warten nicht, sie arbeiten und kämpfen alle selbständig und mit eiserner Energie für die Erhaltung der Republik und der Arbeiterrechte. Wenn der Artikelschreiber auch mit dem Reichsbannerfest die Erwerbslosen in Verbindung bringt, so zeigt dies so sehr, wie es mit den Kommunisten in Tarthun beschaffen ist. Die Erwerbslosen wissen viel besser, was ihnen der Sozialdemokrat und Gemeindevorsteher Engelhardt ist. Wäget die Kommunisten den Erwerbslosen einmal offenbaren, was sie schon für die Erwerbslosen geleistet haben. Wenn die Kommunisten praktische Arbeit mit den Sozialdemokraten geleistet hätten, dann wären heute die Erwerbslosen besser gestellt. Die Erwerbslosen von Tarthun wissen aber auch, daß die Erwerbslosen in vielen andern Gemeinden nicht so ein offenes Ohr finden wie bei dem Gemeindevorsteher von Tarthun. Den Reichsbannerkameraden rufen wir zu: Laßt euch von dem Kommunisten mit seinen drei Anhängern nicht bieten, was er euch in seinem Artikel vorsetzt. Seid kämpferisch und weicht vor diesem Meeblatt keine Finger breit zurück. Tretet ein in das Reichsbanner, damit die Schäden, die durch die Kommunisten uns beschert worden sind, wieder wettgemacht werden können.

Festsleben. Am Sonnabend den 13. Juni, abends 8 Uhr, findet im Köhnechen Lokal die Gründungsfeier verbunden mit Fahnenenthüllung statt. Denn auch in unserm kleinen Ort gilt es, den Monarchisten zu zeigen, daß das Reichsbanner fest zur Republik steht. Alle republikanisch gesinnten Einwohner werden zu der Feier freundlichst eingeladen.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Bei Neigung zur Korpulenz

raten wir Ihnen, in der Apotheke 30 Gramm echte Soluba-Kerne zu kaufen, die völlig unschädliche, dabei wirksame, den Anfaß verbindende Stoffe enthalten. Sieder: Hof-Apotheke, Breiter Weg 12

Krankenkassentagung Sachsen-Anhalt.

Der Verband der Krankenkassen für die Provinz Sachsen und das Land Anhalt hielt am 7. und 8. Juni im „Bürgergarten“ in Mühlhausen seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Verlauf der Tagung zeigte, welche wachsende Bedeutung die Krankenversicherung in unserem sozialen und wirtschaftlichen Leben erlangt hat. Anwesend waren rund 180 Kassenvorsteher. Von den eingeladenen Behörden haben sich nur wenige Vertreter zeigen lassen. Einige teilen als Entschuldigung mit, daß sie zurzeit keinen geeigneten Vertreter besäßen.

Der Verbandsvorsitzende, Drechsler (Magdeburg), eröffnete die Tagung mit einem Überblick über den Stand der Krankenversicherung und die zu erledigenden Arbeiten.

Den Tages- und Kassensbericht des Verbandes erstattete Geschäftsführer Heilmann (Magdeburg). Der Bericht enthält eine Fülle interessanter sozialstatistischer Materialien. Der Verband umfaßt alle großen Krankenkassen des Bezirks (rund 180 mit etwa 600 000 Mitgliedern). Er unterhält eine Geschäftsstelle mit Rechtsabteilung, Seilmitelvertrieb usw. in Magdeburg. An Mitgliederbeiträgen, also Beiträge der Kassen, wurden rund 30 000 Mark eingenommen. Im Anschluß an die Berichterstattung wird ein Vorschlag auf das laufende Geschäftsjahr angenommen, der sich im bisherigen Rahmen bewegt.

Es folgte ein Vortrag des Vorsitzenden des Hauptverbandes der Krankenkassen Ahrns über „Neue Aufgaben des Hauptverbandes.“ Seit dieser Verband seinen Sitz in Berlin habe, seien seine Verbindungs- und Wirkungsbedingungen gestiegen. J. A. hat er eine neue Zeitschrift „Gesundheit“ gegründet, die hauptsächlich all-gemein-hygienische Fragen behandelt. Sie soll unter den Kassengliedern möglichst weit verbreitet werden. Für die Kassenvorsteher und Vertrauensärzte sind Lehrgänge über Berufsfragen eingerichtet worden. Eine Lichtbilder-Abteilung sorgt für Vortragsmaterial für aufklärende Veranstaltungen. Der Verbandsbeitrag soll eine Erhöhung erfahren.

Die Krankenkassen und die Sozialhygiene behandelte in einem glänzenden Vortrag Dr. Pryll, Chefarzt der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin. Er bildete den Höhepunkt der Tagung. Die Verschärfung von Krankheit und Berufsunfähigkeit müßte eigentlich der Schwerpunkt der sozialen Versicherung sein. Zu dem Zwecke müssen die Träger der Versicherung mit der öffentlichen Fürsorge (Wohlfahrtspflege) zusammenarbeiten. Vorläufig dürften aber die Ziele nicht zu weit gesteckt werden, um nicht die Kräfte zu zersplittern. Zunächst müßte das Augenmerk auf Spezialfragen gerichtet werden, wie die Bekämpfung der Lungentuberkulose und anderer Infektionskrankheiten. Man müsse auch bestrebt sein, an die Kranken rechtzeitig heranzukommen und dürfe nicht warten, bis diese die Krankenkassen aufsuchen. Der Vortragende redet noch den Kassenambulatorien und der Bestimmung von Kassenärzten das Wort.

Neuer Probleme der Sozialversicherung sprach Fritz Wellmann, Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Er erläuterte besonders die zuletzt ergangenen und jetzt in Bearbeitung befindlichen Änderungen der Reichsversicherungsordnung. Als solche kommen in Frage die Einbeziehung der Berufskrankheiten als Betriebsunfälle, die Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge sowie die Krankenkassen berührt werden, die große Reform der Unfallversicherung und Wochenhilfe. Die Aussprache hierüber war eine sehr lebhafte. Es beteiligten sich daran Feldmann (Neuhaldensleben), Hartung (Schönebeck), Geschäftsführer Heilmann (Magdeburg), Hornbostel (Erfurt), Bürgermeister Kleis (Mehlsleben), der besonders die Erwerbslosenfürsorge und Wochenhilfe behandelt, usw. Es werden hierzu einige Anträge angenommen.

Ein Antrag der Ortskrankenkasse Magdeburg, begründet von Herrn Panitz, will die Erhöhung der Vergütung an die Krankenkassen für die Ausstellung der Quittungsarten für die Invalidenversicherung von jezt 6 Pfennig auf 18 Pfennig. Eine andere Entschließung wendet sich gegen die geplante Umgestaltung der Wochenhilfe. Es soll nach dem Entwurf das Reich restlos vor der Besteuerung von Zuschüssen befreit werden. Es wird von den Kassenvorständen auch gefordert, daß sie vor der Veröffentlichung von Gesekundwürfen über diese gehört werden.

Die Gründung eines Revisionsverbandes der Krankenkassen Sachsen-Anhalts behandelte Heilmann (Magdeburg). Er tritt warm für eine solche Gründung ein. Die Revisionskommissionen sollen besonders mehr belehrender Art sein, zuweilen fehlen den amtlichen Revisoren die nötigen Fachkenntnisse. Auch die Krankenkassenbeamten sind Menschen und können bewußt oder unbewußt Fehler begehen. Der Kassenvorstand ist meist nicht in der Lage, komplizierte Mängel der Kassensführung festzustellen. Für den Revisionsverband müssen besondere Beiträge erhoben werden. Die ganze Einrichtung würde auch eine empfehlenswerte Einseitigkeit und Gleichmäßigkeit der Geschäftsführung bringen. Nach kurzer Aussprache wird die Gründung des Revisionsverbandes beschlossen. Ein Antrag, den Sitz des Verbandes von Magdeburg mehr in die Mitte des Bezirks zu verlegen, wird dem Verbandsvorstand zur Erörterung überwiesen. Die nächstjährige Tagung (die 25. Mitgliederversammlung) soll in Weizensfeld stattfinden.

Weitere Angelegenheiten waren nicht zu erledigen. Mit den üblichen Abschiedsworten schloß der Verbandsvorsitzende Drechsler die interessante Tagung. Es fand noch eine Konferenz der Geschäftsführer der Kassen statt, in der innere Kassentechnische Fragen besprochen wurden.

Der neunfache Mord.

Das furchtbare Verbrechen des Korbmachers Wilhelm Brückner, über das wir schon gestern berichteten, wird noch ausführlicher wie folgt geschildert: Das ehemalige Herzogtum Koburg, jetzt bayerischer Gebietsteil, ist von mehreren armutigen Tälern durchzogen, die von den vom Thüringer Walde nach dem Main zu ziehenden Flüssen gebildet werden. Das östlichste ist das Steimachtal, in dem das Dorf Gassenberg mit seinem Schlosse, das früher als thüringisches Frauenzuchtshaus benutzt wurde, liegt. Das Dorf beherbergt eine etwa 700 Personen zählende Einwohnerschaft, die zum großen Teile das Korbmacherhandwerk und sonstige Heimarbeit treibt. Neben einigen respektablen Bauernhöfen wird das Dorf durch kleine ein- und zweistöckige Arbeiterhäuser gebildet, in denen eine arbeitssame Industriebevölkerung wohnt. Ein solches Haus ist auch das am Rande des Dorfes an einem kleinen Abhang gelegene Wohnhaus der Witwe Margarete Brückner, das sie mit ihrem Sohne Wilhelm und ihrem Schwiegerjohn, dem Maurer Eduard Rosenbauer teilt. Keinerlei ernstliche Differenzen, von kleinern Wortgefechten abgesehen, störte bisher den häuslichen Frieden, außer dem Zerwürfnis, das Wilhelm Brückner, ein 31-jähriger Korbmacher, mit seiner jungen Frau hatte, die er auch aus dem Hause gejagt hatte. Sie hatte bei ihrer Mutter im benachbarten Dorfe Lindenbergr Mutterkurst gesucht und gefunden, in einer der Wüstungen, die in der Talebene zerstreut liegen.

Lindenbergr liegt in der Nähe des Städtchens Kronach. Dort spielte sich in der Nacht zum Sonntag der erste Teil des furchtbaren Dramas ab, dem außer dem Mörder neun Menschenleben zum Opfer fielen. Wie so oft, spielte auch hier der Zufall eine Rolle, da die Ehefrau des Brückner gerade aus dem Hause in den Hof trat, als von Kacheburgr erfüllt, Brückner mit dem Kade vor dem Hause seiner Schwiegermutter eintraf. Heller Mondschein begünstigte Brückners schwarze Tat, die gegen 11 Uhr nachts erfolgte. Einige Messerschmitten und die junge Frau, gegen die Brückner den Verdacht eines irrtümlichen Verkehrs hegte, hatte ihr Leben ausgehaucht. Der Korbmacher Hugo Wirnziel, der seiner Schwieger zu Hilfe kommen wollte, entging mit Not einem gleichen Schicksal. Er wurde von Brückner nur mit dem Beile verwundet und fand noch Kraft genug, im nahen Neuhause die Gendarmerie zu benachrichtigen.

Zwischen setzte der nach Gassenberg zurückgekehrte Brückner sein Mordwerk im eignen Geime fort. Er schlich sich mit einem Beile bewaffnet in die Schlafräume seiner Mutter bzw. seines Schwagers, des berühmten Maurers Rosenbauer, und ermordete der Reihe nach seine 70 Jahre alte Mutter, seinen

Schwager und dessen Frau, sowie die fünf Kinder Rosenbauers, vier Mädchen und einen Knaben, im Alter von 19, 16, 9, 7, 3 und 2 Jahren. Die Opfer wurden sämtlich im Schlafe überfallen und befanden sich in den Betten.

In welcher Reihenfolge Brückner die Taten vollbracht hat, läßt sich nicht feststellen, da keinerlei Zeugen vorhanden sind, doch ist anzunehmen, daß er erst die älteren Familienglieder umbrachte. Die Tötung erfolgte durch Beilhacke auf die Stirn, um aber ganz sicher zu gehen, schnitt der Mörder allen seinen Opfern die Halsschlagader durch. Der Mörder hat sich dann neben der im Bett ermordeten alten Mutter erhängt. Ungestört konnte der Mafende sein Vernichtungswerk, für das hinsichtlich Mutter und Schwager jeglicher Beweggrund fehlt, vollbringen. Als mit dem anbrechenden Tage die Gendarmerie eindrang, war das gräßliche Werk bereits beendet. Nach dem Mord hatte der Mörder einen Zettel folgenden Inhalts auf den Tisch gelegt: „Mache zur Tat, daß mein Schwager Hugo beim letzten Schlagstich mit seiner Schwester Hutschande getrieben hat.“ Die Staatsanwaltschaft Koburg eilte an Ort und Stelle der Tat und gab nach der Untersuchung die Leichen frei.

Kleine Chronik.

Ein Eifersuchtsmord? Ueberraschend schnell ist es der Kriminalpolizei gelungen, den Mädchenmord auf dem Laubengelde in Niedererschönhausen bei Berlin, über den wir in der kleinen Chronik berichteten, aufzuklären. Man mußte mit der Möglichkeit rechnen, daß der Mörder im Bekanntenkreis des Grundstücksbesitzers Wredlow zu suchen sei. Nach dieser Richtung hin wurden sofort umfangreiche Ermittlungen angestellt, die dazu führten, daß man den 18 Jahre alten Sohn Wredlows, den Vater Paul Wredlow, unter Mordverdacht verhaftete. Auch die Persönlichkeit der Toten konnte festgestellt werden; es handelt sich um die 17-jährige Charlotte Kaiser aus Pantow. Zwischen den beiden jungen Leuten bestand ein Liebesverhältnis, das in der letzten Zeit wiederholt durch Streitigkeiten getrübt worden war. Bei den Vernehmungen auf dem Polizeipräsidium gab Wredlow an, daß er zwar mit dem Mädchen nach der Laube gegangen sei, daß aber sie selbst sich die tödliche Verletzung in selbstmörderischer Absicht beigebracht habe. Diesen Angaben schenkt die Kriminalpolizei vorläufig keinen Glauben. Man ist der Ansicht, daß Wredlow seine Frau aus Eifersucht erschossen hat.

Fabrikbrand durch Brandstiftung? Ein gewaltiger Brand rief die Berliner Feuerwehr nach dem Grundriß der Fleischerei- und Konsummaschinenfabrik von Michael Heite in Hohenföhrenhausen. Ein großer Teil des umfangreichen Fabrikgrundstücks stand in hellen Flammen. Das Feuer war in einer Halle, wo die Verbands- und Betriebsabteilung untergebracht war und wo erhebliche Mengen von Materialien lagen, zum Ausbruch gekommen. Aus 20 Schlauchleitungen mußte stundenlang kräftig Wasser gegeben werden, um ein Ueberpringen auf die andern Baulichkeiten zu verhindern. Etwa 3000 Quadratmeter Fabrikraum mit vielen fertigen Maschinen und Kleinmaterialien im Gesamtwert von etwa 1 Million Mark sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Entstehungsurache des Schadenfeuers konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden, doch vermutet man Brandstiftung.

Verbrannt bei der Küchenarbeit. In Lichterfelde bei Berlin hat sich ein schweres Unglück ereignet. Die Ehefrau des Beamten Zwing war mit dem Ausschneefeln von Einmachegläsern beschäftigt, als sich plötzlich der Schwefel entzündete und die Kleidung der Ehefrau Feuer fing. Herbeieilende Hausbewohner versuchten durch Decken die Flammen zu ersticken. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod der Frau Zwing feststellen.

Harte Zuchthausstrafe für Straßenflederer. Durch ihre Neugierigkeit haben sich die Arbeiter Dehnert und Wojczyk eine sehr böse Suppe eingebracht. Beide waren Insassen des Gefängnisses in Oranienburg. Gelegentlich hatte Wojczyk dem Mitgefangenen Koch erzählt, daß sein Freund Dehnert ungeheure Körperkräfte habe und zum Beweise dafür führte er an, daß sie eines Nachts einen Mann im Oranienburger Stadtpark gefloddert hätten. Sie hätten ihn von hinten überfallen und mit einem Schlag gegen die Halsader zu Boden geworfen. Dem halb Bewußtlosen habe man die Bierflasche und die Uhr, ja sogar auch die Stiefel ausgezogen und ihn dann liegen lassen. Koch ließ sich diese Sache auch von Dehnert bestätigen. Nun war Dehnert im Gefängnis als Küchenarbeiter beschäftigt und erhielt von einigen Berliner Mitgefangenen eines Tages 10 Mark, für welche er ihnen auf seinem Wege zum Arbeitsplatz aus der Stadt Zigaretten ins Gefängnis hineinschmuggeln sollte. Dehnert unterließ aber das Geld und brachte so seine Mitgefangenen um das ersehnte Rauchergut. Aus Rache machten die Berliner dem Oerauerischer Mitteilung über den Vorfall in dem Oranienburger Stadtpark, von dem ihnen R. Kenntnis gegeben hatte. Nach längern Ermittlungen gelang es, den Heberfallenen, einen Arbeiter, zu ermitteln. Dehnert und Wojczyk wurden wegen gemeinschaftlichen Straßenraubes angeklagt. Sie bestritten nun alles und erklärten, daß sie sich dieser „Heldentat“ nur gerühmt hätten. Der Heberfallene hat zwar in der Dunkelheit die Räuber nicht erkannt, bestätigte aber, daß die Figur derselben mit den Angeklagten vollkommen übereinstimme. Es kam noch hinzu, daß er den Vorfall genau so schilderte, wie es die Angeklagten ihren Mitgefangenen gegenüber getan hatten. So hielt das Gericht die Schuld der Angeklagten für erwiesen. Die Strafammer des Landgerichts 3 bestätigte das von dem Schöffengericht gefällte schwere Urteil von 6 Jahren Zuchthaus für Dehnert und 5 Jahren Zuchthaus für Wojczyk.

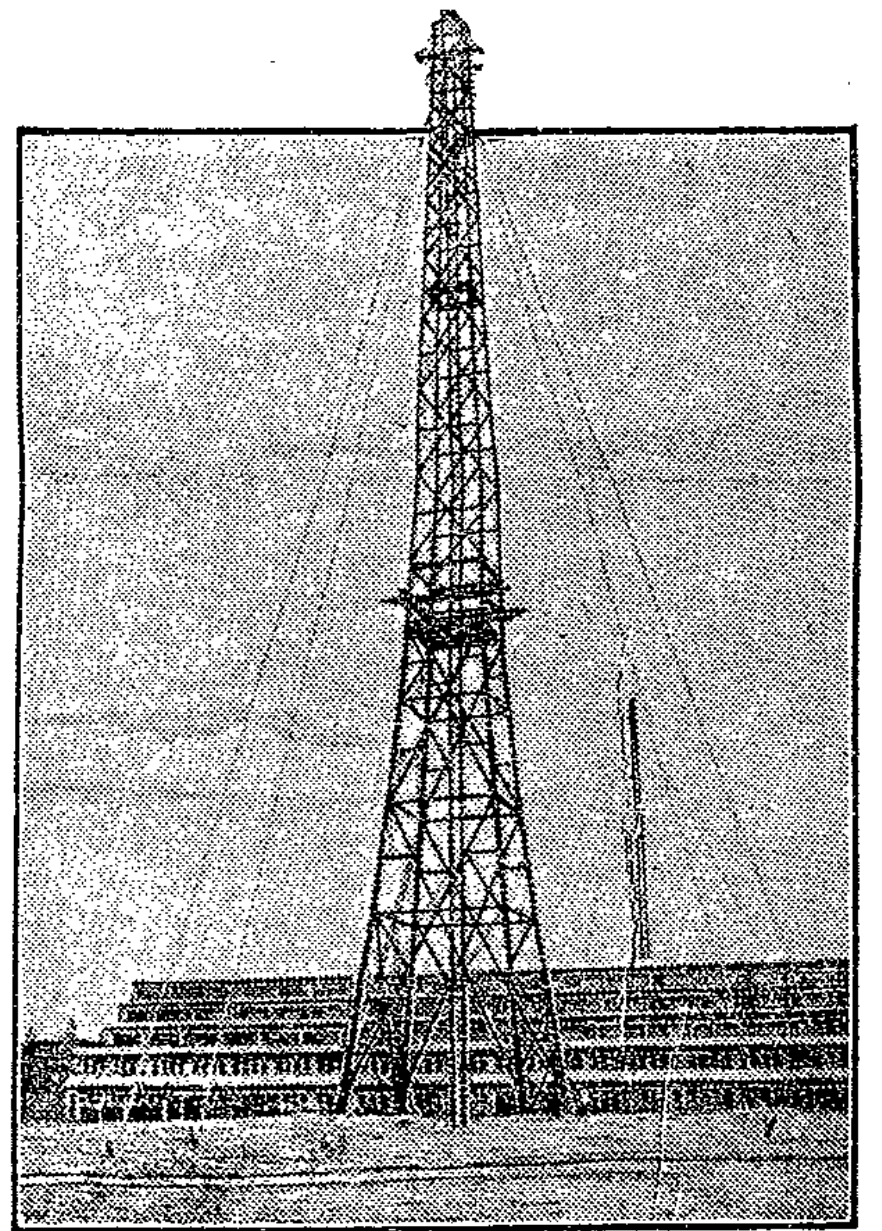
Zimmer im Dienst. Eine Unterbrechung erlitt die goldene Jubelfeier der Ortsfeuerwehr von Seiffen im Erzgebirge. Als sich der Festzug, in dem die neue Motorspritze zur Weibe geführt werden sollte, eben in Bewegung gesetzt hatte, ertönte Feuerlärm. Im Gutsgeschäft des Gutsherrn Schlüter in Seibelsbach bei Seiffen hatte das 31-jährige Mädchen mit Streichhölzern gespielt und das Feuer verursacht, das alsbald das ganze Wohnhaus ergrieff. Das ganze Inventar, bestehend aus drei Gebäuden, wurde mit allem Inventar eingedäschert. Der Feuerwehrzug wurde natürlich sofort aufgelöst und die neue Motorspritze trat noch vor der Weibe ihren Dienst an.

Schwer verunglückter Fallschirmflieger. Der Fallschirmflieger Staltnier aus München war bei einem Sprung aus dem Flugzeug aus 1000 Meter Höhe von Wien fortgetrieben worden und mußte in den Wäldern landen. Dort hing er 1 Stunde zwischen Himmel und Erde, bis die Feuerwehr ihn aus seiner Lage befreite. Nach Reparatur des dabei beschädigten Fallschirms sprang Staltnier wieder aus der gleichen Höhe aus einem Flugzeug ab. Der Fallschirm entfaltete sich jedoch nicht. Der Pilot stürzte zu Boden und erlitt eine lebensgefährliche Rückgratverletzung.

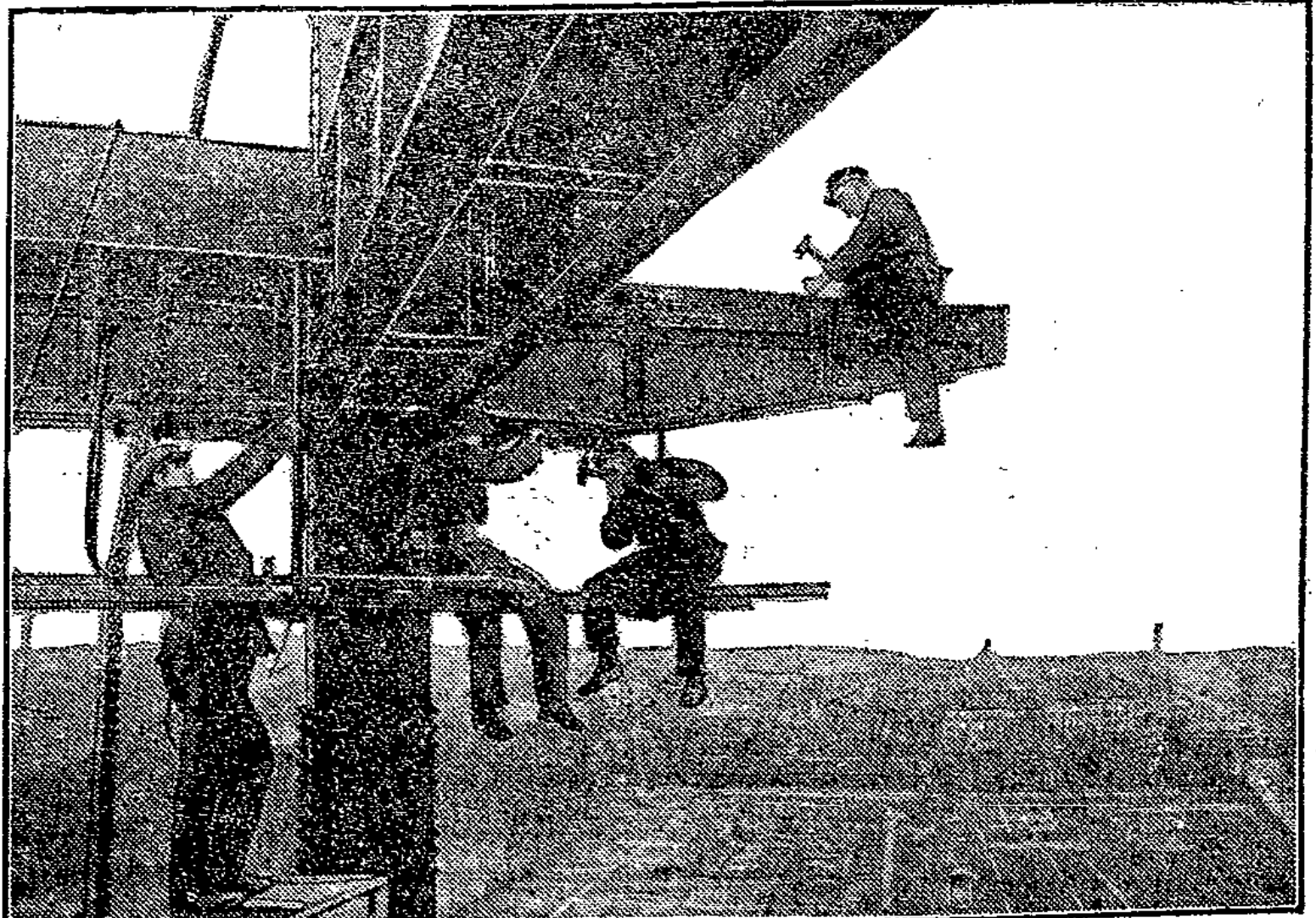
Ende der Hitzewelle. Eine kühle Brise endete heute die fürchterliche Hitzewelle, welche die Vereinigten Staaten während der letzten 7 Tage heimgesucht hatte. 439 Todesopfer hat diese Schreckenszeit gefordert, trotzdem sich die Bevölkerung zu Hunderttausenden auf Schiffe, an die Küste und in die Wälder flüchtete, um wenigstens während der Nachtzeit Abkühlung zu finden. Ein vom Blitzschlag wahnsinnig gewordener Mann soll nach zweimaliger zielloser Schußabgabe vom 17. Stockwerk auf die Straße gesprungen sein.

36 Kinder aus Patrianismus gezeugt. Amerikanische Blätter berichten über die wachsende Geburtsziffer, die sich bei der französischen Bevölkerung Kanadas bemerkbar macht. Bis unlängst ein hoher politischer Würdenträger eine Inspektionsreise unternahm, wurde ihm eine Familie vorgestellt, die aus den Eltern und deren 30 leiblichen Kindern besteht. Eine andre Familie präsentierte 31, eine dritte sogar 36 lebende Kinder. Von diesen sind mehrere verheiratet und haben ihrerseits auch schon eine recht stattliche Anzahl von Sprößlingen aufzuweisen. Merkwürdigerweise finden sich diese staunenerregenden Geburtsziffern nur bei der französischen Bevölkerung Kanadas. In Quebec, dessen Einwohnerschaft zu sieben Zehntel französischer Abkunft ist, wurden im letzten Jahre 88 Prozent Geburtenüberschuß verzeichnet. Die Englisch sprechende Bevölkerung wird, wie die amerikanischen Blätter bemerken, fast erdrückt, zumal die französischen Kanadier unbedingt an ihrer Sprache und den vom Mutterland übernommenen Sitten und Gebräuchen festhalten.

Ein luftiger Eisenbau.



Der große Spinnaker in Berlin, der 180 Meter hoch ist und ein glänzendes Zeugnis für die raffinierte Anwendung des Baumaterials ist. Alles wurde aufs genaueste berechnet und dadurch trotz der scheinbar dünnen Bauweise eine absolute Sicherheit erreicht.



Wie Arbeiter für kleine Lohndöhne ihr Leben wagen müssen. Eine Aufnahme vom Bau des Berliner Spinnakers, aus der gleichzeitig zu ersehen ist, daß die scheinbar fadendünnen Gestänge des Turmes ganz stattliche Eisenträger sind.

Der leichte Hut!



- Herrn-Fassonhüte** aus Bastgeflecht . . . Mk. 2.25 **1.95**
- Herrn-Fassonhüte** aus fein. Bastgeflecht, in modernen Formen . . . Mk. 3.95 **2.95**
- Herrn-Matelothe** glatte Geflechte . . . Mk. 4.25 **3.75**
- Herrn-Matelothe** a. Phantasiegeflecht, m. Doppelfrand Mk. 6.75 5.75 **4.50**
- Herrn-Matelothe** a. stark. Phantasiegeflecht (Neuh., m. Doppelfr.) Mk. 6.50 5.95 **5.50**
- Herrn-Matelothe** a. Phantasiegeflecht („Elastic-Hut, das Neueste“) . . . Mk. **7.95**
- Herrn-Matelothe** aus Pedalgeflechten Mk. 11.50 9.75 **7.95**
- Echte Herr.-Panamahüte** i. gut. Qual., n. Form. Mk. 22.50 16.50 **12.00**

Feldhüte in grün und beige . . . Mk. 1.45 **98**

Lange & Münzer

Breiter Weg 51/52.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Am Sonnabend den 13. Juni, abends 5 Uhr, feiert die Verwaltungsstelle Magdeburg ihr

32. Stiftungsfest

im „Konzerthaus“, Leipziger Straße, bestehend aus:
Konzert im Garten — Kinderbelustigung — Ball in beiden Gärten
Stellung von Marmorgruppen durch das Arbeiter-Sportkartell
Eintritt 1.— Mt. Gäste herzlich willkommen. Eintritt 1.— Mt.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Festauschuß.

Lest die

„Korallen“!

Magazin für alle Freunde von Natur und Technik. Monatlich ein Heft mit über 100 Seiten. Reiches Bildmaterial. Neues aus aller Welt. Wissenswertes von Natur und Technik. Alles in der

„Korallen“!

Jedes Heft nur **1 Mark.**

Wer sein Wissen erweitern will, wer Nützlichkeiten in schöner Form in sich aufnehmen will, bestelle „Die Koralle“ bei seiner Zeitungsfrau oder in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Lest die „Koralle“.



Heute Mittwoch den 10. Juni sowie jeden Mittwoch

Große Dampfer-Promenadentour mit Dampfer „Saxonia“, nach Hohenwarthe (Elbischlösschen). Nach Ankunft: Gartenkonzert, Tanzkränzchen. Ab Magdeburg 8 Uhr abends. Rückfahrt 12 Uhr abends.

Ab Petriwörder (Herrnberg-Wartehalle). **Otto Krietsch** Werftstraße 34 Tel. 321

Hinaus ins Grüne! Die Sehnsucht des Großstädters. Ein Führer durch die Natur-Schönheiten der Magdeburger Umgebung ist

Wer wandern will 28 Ausflüge mit Karte und Preis 1.00 Mt. Preis 7.00 Mt. **Buchhandlung Volksstimme** Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

Gratis-Vorstellungen

Wegen wir leider nicht veranstalten, dafür sind wir aber bereit, bei vollständigen Vorstellungen wöchentlich nur erlässliche Programme zusammenzustellen. Als Beweis dienen Ihnen unsere Spielplan Dienstag bis Donnerstag:

Rin-Tin-Tin rettet seinen Herrn

Ein Abenteuer in 6 Akten. Der zweite Film mit dem berühmten deutschen Schöpferhand in der Hauptrolle. Intere

Große Werbewoche

verfolgt das Ziel, immer neue Freunde der heute technisch und ideenreicher als je dastehenden Filmkunst zu gewinnen. Als wertvolle Schätze zeigen wir daher — ohne Rücksicht auf die Kosten — ein von jenem Humor durchstrahltes vieraktiges Lustspiel **Comme, Comme und Etendras**. Hauptrolle die beliebten deutschen Komiker

Pat und Patachon

Da dies erlebte Programm auch jugendfrei ist, ist Mittwoch von 5 bis 7 Uhr **Jugend-Vorstellung**. Rufen Sie doch Ihren kleinen Erben die Freude, erwidern Sie ihnen den Besuch der

Neustädter Lichtspiele

Begibt 7.00 Uhr. — Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

Reichsbund Deutscher Mieter (E. B.)

Bezirk Nord und Nordfront

Freitag, 12. Juni, abends 7/8 Uhr, im Apolloaal, Wallstr.

Mitgliederversammlung

Zahlreichen Besuch erbitet Der Vorstand.

Stadttheater.

Mittwoch, 10. Juni Auf. 7 1/2, Ende 10 Uhr
1. Abend **Violotta** (La Traviata) Oper von Verdi
Donnerstag, 11. Juni Auf. 7 1/2, Ende 9 1/2 Uhr
2. Abend **Die Karawane**

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellung Sonntag 14. Juni, 8 Uhr
Zum letzten Male **Der wahre Jakob**
Mittwoch, 10. Juni Auf. für d. Volkshalle 8 Uhr Preislos.

Lesen Sie an **Kranzstädter!** (Beim Schützen). Erfolgreichere Dauerbelustigung. **Carl Klose, Schütz, 741**
Get erkrankte Naturist. **Kocher u. Elch** billig bei **Ludwig, Kreuz** Elbweg 4.

Sudenburger Festsäle

(früher „Eiskeiler“)

Jeden Mittwoch Großes Gartenkonzert

Anfang 7 Uhr

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Wilhelmspark

Jeden Mittwoch

≈ BALL ≈

Möbel!

Eichene Speisezimmer, Eichene und polierte Schlafzimmer, Eichene und polierte Herrenzimmer in Küchen, lasiert in großer Auswahl, wirklich preiswert.

E. Heier, Elbenstedter Str. 22.

Wie Gott

erschaffen wurde heißt die neue Buchvergabe der **„Arania“** Monatshefte für Naturkenntnis und Gesellschaftslehre. **Der proletarische Kosmos** seit 9 Jahren erschienen. **Buchhandlg. Volksstimme**

Hohenzollern-Park

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 4 Uhr

Kaffee-Konzert mit Sammelbogen

Eintritt frei

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr

Garten-Konzert

Eintritt frei

Restaurant

Besitzer: R. Böning

Konditorei-Kaffee

Besitzer: F. Brandt

Am Adolf-Mittag-See

Herrlicher Aufenthalt auf den Terrassen.
Diner von 12 bis 2 Uhr.
Reichhaltige Speisekarte.
Anerkannt beste Küche und Kaffee.

Schönste Aussicht nach dem See.
Feinste Konditorei-Waren.
Vorzüglicher Kaffee.
Eis und sonstige Getränke. Kalte Küche.

Weine erster Häuser. — Aufmerksame Bedienung.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 4 Uhr nachmittags:

Große Kaffee-Konzerte

Heute Mittwoch Großes Militär-Konzert

Während des Abbaues der Zucker-Ausstellung Eingang zum Konzertplatz am Adolf-Mittag-See.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Juni 1925.

Für die weltliche Schule.

Auf dem Deutschen Lehrertag in Hamburg fand am 4. Juni im Curiohaus eine stark besuchte Versammlung aller Lehrer statt, die an der weltlichen Schule tätig sind oder Lebenskundeunterricht erteilen. Man wollte durch eine Aussprache Richtlinien für die gemeinsame praktische Arbeit aufstellen. Die einzelnen Tätigkeitsberichte ergaben die erfreuliche Tatsache, daß unsere Bewegung überall im Wachsen begriffen ist. Man darf dabei nicht verpassen, daß ja auch die Berufsschulen und Gemeinschaftsschulen, die sich nicht ausdrücklich als weltlich bezeichnen, auch mit in unsern Kreis einzubeziehen sind, da es für sie selbstverständlich ist, daß ihr gesamter Unterricht weltlich eingestellt ist, da sich sonst ihre Reformen nicht durchführen lassen.

Man verbreitete sich über die Frage, welche Stellung der Lebenskundeunterricht in der weltlichen Schule haben soll. Man war allgemein der Ansicht, daß er grundlegend für den Unterricht aller Fächer sein muß. Die gesamte Schularbeit hat bei jeder Gelegenheit der sittlichen Erziehung des Kindes zu dienen. Es ist bedauerlich, daß von höherer Stelle verlangt wird, eine bestimmte Anzahl von Lebenskundestunden in den Plan einzufügen, nur um der kirchlichen Forderung nach bestimmten Religionsstunden zu entsprechen. Und man darf dabei nicht vergessen, daß wir erst nach der Revolution eine Erhöhung der Stundenzahl für Religionsunterricht bekommen haben. Von dem kommenden Reichschulgesetz muß verlangt werden, daß es die weltliche Schule nicht nach § 146, 2 der Reichsverfassung, sondern nach § 146, 1 festlegt. Die weltliche Schule ist unbedingt als die Regel-schule, als die Einheitschule anzusehen. Nur sie kann verhindern, daß die deutsche Einheitschule durch den verschiedenen Religionsunterricht der einzelnen Konfessionen zersplittert wird. Sie muß es deshalb durchaus ablehnen, daß man sie zur Weltanschauungsschule macht. Das ist nicht etwa die Absicht der freigeistigen Verbände, sondern der Kirche und der Reaktion; weil man weiß, daß die weltliche Einheitschule eine Kraft hat, der die konfessionellen Schulen nicht gewachsen sind.

Die weltlichen Schulen hatten im letzten Jahre verschiedene Angriffe ihrer Eltern abzuschlagen, die Religion und Konfession miteinander verwechselten. Schule und Elternschaft müssen sich gemeinsam an die Klärung dieser Begriffe heranmachen. — Auch wurde berichtet, daß mancherorts die Kommunisten versuchten, die weltlichen Schulen zu sprengen. Das ist ihnen aber schmachlich mißglückt. Die Arbeiterschaft weiß schon zu gut, was unsere Schulen für ihre Kinder leisten. Sie sehen dem Unverstand einiger Kommunistenführer ihre tiefere Einsicht entgegen. Keiner hat die Kommunisten schon eingesehen, was sie für eine Dummheit begangen hatten und lassen jetzt ihre Widerstände fallen. Sie sollten doch auch so einseitig sein, wenigstens in kulturellen Fragen die Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht zu durchbrechen.

Zum Schluß erzählten uns sozialistisch-bisidentische Lehrer des Nelson-Kreises von der Arbeit in dem sozialistischen Landes-erziehungsheim Walsmühle bei Walsungen. Vom ersten Tag an sind die Kinder von dem Zwang einer äußeren Erziehungsautorität befreit. Von innen heraus sollen sie den Weg zur eignen sittlichen Autorität finden. Zweck der Schule ist, dem Sozialismus die intellektuellen Führer zu schaffen, die er braucht. Aber deshalb versucht die Reaktion mit allen Mitteln, diese Schule abzuwürgen. Und wir alle haben die verdamnte Pflicht, solche Vor-urteile zu unterstützen.

So weiterte die Tagung den Blick für die Ziele und Auswirkungen der weltlichen Schule. Sorgen wir alle dafür, daß ihre Anhängererschaft immer mehr wächst. —

Steuertaxen für Juni.

Nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften sollen vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden für das Rechnungsjahr 1925 folgende Zuschläge zu den Realsteuern erhoben werden:

- A. Bei der Gewerbesteuer, und zwar
1. bei der Ertragssteuer in Höhe von 600 Prozent, jedoch mit der Maßgabe, daß dieser Satz sich erhöht
a) für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmen, die im Gemeindebezirk, ohne in ihm ihren Hauptsitz zu haben, Betriebsstätten unterhalten (Zweigstellensteuer) um 1/2 auf 720 Prozent,
b) für Betriebe der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder nicht denaturiertem Spiritus (Schankgewerbesteuer) um 1/2 auf 720 Prozent;
2. bei der Lohnsummensteuer für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai d. J. in Höhe von 500 Prozent, für die Zeit vom 1. Juni bis zum Schluß des Rechnungsjahrs in Höhe von 1500 Prozent der Steuergrundbeträge;

- B. Bei der Grundvermögenssteuer
1. für bebauten Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, in Höhe von 150 Prozent,
2. für die übrigen Grundstücke in Höhe von 250 Prozent der staatlich veranlagten Grundvermögenssteuerätze.
Die Raten für die Monate April, Mai, und Juni werden nach vorstehenden Sätzen hierdurch eingefordert.

Bei den städtischen Steuerkassen sind daher zu zahlen bis zum 10. Juni: Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer nach dem Ertrag für die Monate April, Mai und Juni d. J. sowie auf die Lohnsummensteuer für den Monat Juni d. J. Schonfrist bis zum 17. Juni.

Die gemäß § 59 für die Monate April und Mai bei der Ertragssteuer nach den bisherigen Sätzen von 400 bzw. 450 Prozent geleisteten Abschlagszahlungen kommen hierbei in Anrechnung, so daß für die Monate April und Mai je die Hälfte (50 Prozent) des bisher zu zahlenden Betrags nachzutragen ist. Die erhöhte Lohnsummensteuer — 1500 Prozent — ist erstmalig im Juni d. J. zu zahlen; in den Monaten April und Mai d. J. war sie nach dem bisherigen Satze von 500 Prozent zu entrichten.

Für die Berechnung der Vorauszahlungen für den Monat Juni ist der Umsatz des Vormonats (Mai) maßgebend. Die Höhe des Steuerbetrags ist von den Steuerpflichtigen selbst zu berechnen und gleichzeitig mit der Differenz für April und Mai auf den Gehaltszettel einzutragen. Bei Heberziehung oder Heberweisung des Betrags ist Steuer-zeitabdruck, für den gezahlt wird, sowie Nummer der Gehaltszettel genau anzugeben. Auf die Erläuterungen auf dem Steuerzettel wird verwiesen.

Es ist außerdem bis zum 10. Juni wie üblich eine Voranmeldung nach Formular bei der zuständigen Zahlstelle einzureichen. Formulare werden nicht zugesandt, sondern sind von der Buchdruckerei Wapler, Große Junkerstraße 2, zu beziehen. Unternehmen, welche in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten, haben die Steuern bis zum Monatsende zu entrichten und auch die Voranmeldung bis zu diesem Zeitpunkt abzugeben.

15. Juni: Grundvermögenssteuer (staatliche und kommunale Steuer) für die Monate April, Mai und Juni gemäß Steuerzettel. Auch hier sind die gemäß § 59 des Kommunal-

Generalversammlung der Partei.

Am Montag Abend fand im „Wilhelmspark“ die ordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg statt. Das warme Sommerwetter lockt die Menschen ins Freie, deshalb war der Besuch der Versammlung nicht so, wie er hätte sein müssen. Die wichtige Tagesordnung hätte einen bessern Besuch verdient.

Genosse Kanitz (Wien), ein langjähriger Führer der österreichischen Kinderfreundebewegung, hielt einen interessanten und fesselnden Vortrag über das Thema

Politik und Erziehung.

Aus seinen Ausführungen geben wir folgendes wieder: Man erkennt in der Arbeiterbewegung immer mehr, daß bisher den Aufgaben politischer Erziehung viel zu wenig Beachtung geschenkt worden ist. Trotz der Umwälzungen im Staatsleben sind wir von den Endzielen des Sozialismus noch sehr weit entfernt, nicht zuletzt, weil uns für diese Aufgaben die Menschen fehlten, Menschen, die im Geiste des Sozialismus erzogen worden sind, in ihm leben und wirken.

Die noch immer viel verbreitete Annahme, daß die wirtschaftliche Entwicklung allein zum Sozialismus führe, hat sich als irrig herausgestellt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die wirtschaftliche Not den Arbeiter nicht zum Sozialismus bringt, sondern ihn der Reaktion oder dem Radikalismus in die Arme treibt. Wir müssen neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch die geistliche Entwicklung der Menschen ins Auge fassen, denn der Mensch ist mehr als eine zweibeinige Funktion der ökonomischen Entwicklung.

Die Demokratie bringt es mit sich, daß Kinder an allen Ecken und Enden mit politischen Ereignissen in Berührung kommen. Wer da meint, daß man die Kinder von der Politik fernhalten soll, vergißt, daß unsere gesamte öffentliche Erziehung in der Schule ebenfalls eine politische ist. Man hängt ihr von bürgerlicher Seite

nur ein neutrales Mäntelchen

um. Die Erziehung zur Monarchie, zum Völkertum und zum Untertanengeist, wie sie an uns vollzogen wurde und zum erheblichen Teil auch heute noch erfolgt, war keine neutrale, sondern eine politische Erziehung, im Interesse des Kaiserreichs. Darum ist der Wahlsieg Emdenburgs auch ein Sieg der Schulmeister der Vergangenheit.

Kinder sind um vieles zukunftsreicher als Erwachsene, darum gilt es, aus ihnen denkende Menschen zu machen, indem wir sie auf die Masseneinrichtungen unserer Gesellschaft hinweisen. Nicht durch lange Vorträge, sondern durch Hinweise auf Ereignisse des täglichen Lebens. Wir haben unseren Kindern kein Kapital zu vererben, aber wir können ihnen ein Ideal hinterlassen. Erzählen wir ihnen von den großen Kämpfen ihrer Klasse, dann werden sie nicht verstandesmäßig, aber

aus tiefem Gefühl heraus

das Ideal des Sozialismus in ihrem Herzen wachsen lassen. Ein starkes Gefühl bindet den Menschen stärker an eine Idee, als alle Verstandesklarungen.

Stärkste geistbildende Kräfte liegen in den Feste. Die Kirche hat es meisterhaft verstanden, für ihre Ideen heilige Symbole zu schaffen. Wenn wir den 1. Mai mit den Festesvorstellungen beenden würden, die auch die Arbeiter z. B. noch zum Weihnachtstfest anwenden, dann wird das Kind am 1. Mai etwas von unsern Zielen fühlen und diesen Feiertag als das schönste Fest im Jahr ansehen. Die Erlebnisse werden in seinem fernem Dasein fortleben und den Menschen im Geiste des Sozialismus führen.

Über im Elternhaus wird noch viel zu sehr die Kindererziehung nach den Methoden der alten Schule betrieben. Wie überall in der kapitalistischen Gesellschaft

das Recht des Stärkeren

herrscht, so geht es auch in der Erziehung der Kinder im Elternhaus. Der Vater darf das Kind beschimpfen, er darf es schlagen, wenn es irgendein geringes Vergehen verschuldet hat. Das Kind

abgabengesetz für die Monate April und Mai nach den bisherigen Sätzen von 100 bzw. 150 Prozent geleisteten Abschlagszahlungen in Anrechnung zu bringen. Schonfrist bis 22. Juni.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind die Vermieter berechtigt, bei bebauten Grundstücken den 100 Prozent der staatlichen Steuer übersteigenden Betrag des Gemeindefußschlags, im vorliegenden Falle also 80 Prozent, auf die Mieter umzulegen. Da die erhöhte Steuer mit Wirkung vom 1. April d. J. zu zahlen ist, können die auf die Mieter umlegbaren 80 Prozent noch nachträglich für die bereits vergangenen Monate April und Mai vom Mieter eingefordert werden. Die Umlegung der 80 Prozent auf die Mieter hat praktisch die Auswirkung, daß neben der gesetzlichen Miete ein Betrag im Umlegeverfahren zu entrichten ist, dessen Höhe sich im Einzelfall nach dem Verhältnis der Friedensmiete zu dem vom Katasteramt festgesetzten Grundvermögenswert des Grundstücks richtet. Um einen ungefähren Anhalt zu geben, wird erläutert, bemerkt, daß der auf den Mieter umlegbare Betrag je nach der Verzinsung des Grundstücks im Durchschnitt monatlich etwa 3 Prozent der Friedensmiete beträgt. Kanalgebühren für den Monat Juni gemäß Steuerzettel. — Schonfrist bis 22. Juni.

Hauszinssteuer für den Monat Juni. Als Hauszinssteuer wird der siebenfache Betrag der staatlichen Grundvermögenssteuer bei bebauten Grundstücken, sofern diese nicht land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, erhoben. — Schonfrist bis 22. Juni.

Sofern die Zahlungen nicht bis zum Ablauf der Schonfrist bewirkt werden, tritt der gesetzliche Verzugszuschlag in Höhe von 1 Prozent für jeden angefallenen halben Monat des Verzugs ein. Bei Heberziehung durch die Post oder Eingahlung auf Postcheck ist die Angabe der Zahlstelle sowie der Gebelistennummer unbedingt erforderlich. —

Die künftige Gewerbesteuerzahlung.

Auf Grund einer durch die zweite Gewerbesteuerergänzungsverordnung vom 28. März erteilten Ermächtigung haben der Finanzminister, der Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe eine Verordnung zur Heberziehung der monatlichen Vorauszahlung der Gewerbesteuer erlassen. Nach der Verordnung sind alle diejenigen Betriebe, die bisher monatliche Vorauszahlungen zu leisten hatten, verpflichtet, auch noch im Juni, und zwar bis zum 10. (Schonfrist bis zum 17.) eine Vorauszahlung zu leisten nach Maßgabe der Steuergrundbeträge, die den für Mai 1925 zu leistenden Vorauszahlungen nach dem Ertrag zugrunde zu legen waren, unter Berücksichtigung der am Tage der Fälligkeit geltenden örtlichen Zuschläge.

Unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde noch dieselben Zuschläge erhebt wie im Mai, entspricht demnach die im Juni zu leistende Vorauszahlung der Mai-Vorauszahlung. Hat die Gemeinde inzwischen die Zuschläge erhöht oder ermäßigt, so erhöht oder ermäßigt sich auch der vorauszahlende Betrag dementsprechend.

Vom 1. Juli an sind monatliche Vorauszahlungen nicht mehr zu leisten. Für die Unternehmen, die bisher zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichtet waren, also ihre Gewerbesteuer für die Monate Juli, August und September am 10. Juli, 10. August und 10. September zu zahlen

bestimmt das Gefühl des Unterdrückt- und Beherrschten. Der Untertanengeist wird damit gepflegt. Die Folge ist, daß der junge Mensch in seinem Innern Zukunftspläne schmiedet, die sich auf die Herrschaft über andre gründen. In der Erziehungsfrage gilt es bei den Kleinigkeiten des Alltags anzufangen. Neben der Partei als politischer Kampforganisation, der Gewerkschaft als wirtschaftlicher Organisation, muß die dritte Kampflinie der Arbeiterbewegung stehen: die Erziehungsorganisation. Der Arbeiterkinderfreundebewegung fällt diese Aufgabe zu.

Auch um die Schule muß der Kampf der Sozialisten geführt werden. Wir müssen verlangen, daß im Unterricht die Rüge aufhört, daß dafür Klarheit und Wahrheit gelehrt werden, daß die Schule den Kampf gegen Anechtung und Unterdrückung aufnimmt. Der Sozialismus muß von Menschen gemacht werden. Jede große Idee kann nur die Welt erobern, wenn sie sich

die Herzen der Kinder erobert.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Genosse Otto Winger erstattete dann den Jahresbericht. Das verfloßene Geschäftsjahr war ein Jahr der Wahlen. Die Funktionäre mußten bei den verschiedenen großen Wahlkämpfen ihre ganze Kraft in den Dienst der Partei stellen. Der Erfolg dieser Arbeit ist gewesen, daß vom 4. Mai 1924 bis zur letzten Reichspräsidentenwahl rund 20 000 sozialdemokratische Stimmen gewonnen wurden. Die Frauengeneration konnte trotz der Wahlen mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Auch mit der Bildungsarbeit wurde wieder begonnen. Nach den Beitragszahlen hatte der Ortsverein am Jahreschluß rund 6000 Mitglieder zu verzeichnen, das bedeutet eine Zunahme im Laufe des Jahres von 1400.

Den Kassenbericht gab Genosse Bauermeister. Die Jahresrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 35 000 Mark ab.

Den Bericht der Pressekommission erstattete Genosse Vohelman: Wenn das Parteiunternehmen in dem Infaktionsjahr 1923 am Rande seiner Kraft gestanden hat, so kann ihm Jahre 1924 berichtet werden, daß in allen Zweigen des Geschäfts ein erfolgreicher Aufbau eingeleitet hat. In der Stärke der Zeitung kommt das am deutlichsten zum Ausdruck. Auf ihren inhaltlichen Ausbau ist immer der allergrößte Wert gelegt worden, und so sind denn die Klagen über die Zeitung auch fast ganz verstummt.

Genossin Hartmann erstattete den Bericht der Arbeiterwohlfahrt. Der Bericht wird zum erstenmal in einer Generalversammlung gegeben, da der organisatorische Aufbau dieses Zweiges in seinem jetzigen Umfang erst im Laufe des verfloßenen Geschäftsjahres begann. Zum Weihnachtstfest konnte 500 Bedürftigen beiecht werden. In den Osterferien wurde auf dem Jungborn der erste Kinderferienaufenthalt abgehalten. Auch die Kinderbeschäftigung in Erholungsheimen konnte mit Erfolg begonnen werden. Die Kasse weist einen Umsatz von 6400 Mk. auf.

Die Vorstandswahlen zeitigten nach kurzer Aussprache folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Genosse Wittmann; 2. Vorsitzender: Genosse Köber; Beisitzer: die Genossen Albert Winger, Uffel, Schübe und die Genossin Kaine. Eine Stelle bleibt offen für einen Vorschlag des Beamtenvereinsausschusses. In den erweiterten Vorstand werden gewählt die Genossin Lichtblau und der Genosse Kahlaff; ihm gehören weiter an die Bezirksleiter der Stadtteilsabteilungen. Es folgen dann noch die Wahlen zum Bildungsausschuß, zur Bibliothekskommission und zum Beschwerdebauausschuß. Die Wahlen der Delegierten zum Bezirksparteitag erfolgen in den Bezirken. Von der Generalversammlung wird jedoch außerdem die Genossin Kaine gewählt, damit den Frauen vom vorabereiten eine Vertretung gesichert ist. Als Delegierter zum Reichsparteitag kommt der Genosse Otto Hollie in Vorschlag, Erstermann ist Genosse Otto Winger.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schließt der Vorsitzende, Genosse Wittmann, die Versammlung um 12 Uhr.

hätten, bestimmt die Verordnung, dem „Amtlichen Preussischen Presseblatt“ zufolge, daß diese Unternehmen für das Vierteljahr Juli bis September, und zwar bis zum 10. August 1925 (Schonfrist bis zum 17. August) die erste Vierteljahrsvorauszahlung zu leisten haben.

Der Steuergrundbetrag für diese Vorauszahlung beträgt drei Zwanzigstel des Betrags, der am 10. Juli auf die Reichseinkommen- oder Körperschaftsteuer zu zahlen ist. Hat ein Unternehmen danach am 10. Juli auf die Körperschaftsteuer 120 Reichsmark zu entrichten, so beträgt der Steuergrundbetrag für die am 10. August zu zahlende Gewerbesteuer 18 Reichsmark und die Gewerbesteuer für den Fall, daß die Gemeinde einen Zuschlag von 500 Prozent erhebt, 90 Reichsmark. Die Unternehmen, die bisher schon die Gewerbesteuerbetragszahlungen vierteljährlich zu leisten hatten, haben nach wie vor am 10. Juli ihre Gewerbesteuer weiter zu entrichten. —

Der Rundflug.

Der Rundflug ist am Dienstag offiziell zu Ende. Entschieden hat er sich aber schon am Montag, dem ersten Tage der letzten Schleifenfahrt. 37 Flieger stiegen am Montag morgen um 4 Uhr in Tempelhof auf. Diese hohe Zahl beim Start zum fünften Rundflug durch Deutschland zeigt, daß trotz der ungeheuren Beanspruchung der Maschinen und ihrer Führer ein großer Teil der Flieger außerordentlich zu leisten vermag.

Am Montag landete in später Abendstunde der Flieger Karl Kochmuth mit seinem Ider-Flugzeug U 10 D 660 auf dem Magdeburger Flugplatz. Kochmuth, der schon am 2. bis 4. Mai 1925 Sieger des Oberbrandenflugs war, hat während der ersten Schleife am Pfingstsonntag auf dem Kontrollplatz Magdeburg die Ziellinie, die durch einen weißen Stern am rechten Ende markiert war, nicht vorwärtsmäßig umflogen. Die hiesige Oberpostleitung war daher gezwungen, dies instruktionsgemäß der Hauptpostleitung in Berlin zu melden. Der Ausschreibung nach wird aber bei nicht richtigem Umfliegen der Ziellinie dies so gewertet, als ob der Führer Luftlinie zwischen dem Vor- und Nachkontrollort geflogen ist. Aus diesen Gründen waren Kochmuth 26 geflogene Kilometer nicht angerechnet worden.

Zur Klärstellung dieser Angelegenheit entschloß sich der Pilot, trotzdem er eine Tagesleistung von 1034 Kilometern auf der letzten Schleife vollbracht hatte, noch weitere 150 Kilometer am gleichen Tage zurückzulegen und flog von Berlin nach Magdeburg. Hier hat er die Ziellinie noch nachträglich richtig überflogen. (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Kein Staub mehr mit Pranges Fußbodenoel. Staubbindendes Material erster Klasse. Erwin Prange, Berliner Straße 29. Behördliche Referenzen — Fernsprecher 7302 — Billigste Preise

flogen. Dadurch hat sich Gachmut, der insgesamt 5262 Kilometer in 88.04 Stunden mit einem nur 58 PS starken Siemens-Motor zurückgelegt hat, seinen Sieg in der B-Klasse gesichert. In früher Morgenstunden flog er nach Berlin zurück.

Wer die Sieger der andern Klassen sein werden, welche Gesamtergebnisse zu verzeichnen sind und wer sonst noch besondere Einzelleistungen vollbracht, läßt sich jetzt noch nicht übersehen, weil die genauen Resultate erst durch Berechnung festgestellt werden müssen.

Der Magdeburger Flieger Junz hat alle fünf Schleifen jeweils am ersten Tage glatt durchfliegen, und wenn er dies leicht auch nicht zu den Bestleistungen gehört, so darf er sich doch rühmen, über 5000 Kilometer, das ist der achte Teil des Erdumfangs, in fünf Etappen, die jeweils zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang lagen, ohne Unfall und ohne nennenswerte Nachschubleistung bei oft recht ungünstigem Wetter zurückgelegt zu haben. Er erreichte Berlin auf seiner letzten Rückkehr am Montag um 4.26 Uhr nachmittags. Wir gratulieren ihm und der Magdeburger Lufttreiber zu dem schönen Erfolg.

Reichsbannerfest in Südost.

Am Sonntag waren in den südöstlichen Vororten Reichsbannerabteilungen aus der näheren und weiteren Umgebung in großer Zahl versammelt, um der Fahnenweihe der Abteilungen Fernerleben und Südost beizuwohnen. Fast alle Straßen in den drei Stadtteilen waren reich mit Girlanden und schwarzgoldenen Fahnen geschmückt. Die äußerst zahlreiche Beteiligung machte die Veranstaltung zu einer großen republikanischen Kundgebung, die in den Vororten um so stärkeren Eindruck hervorrief, als dort bei sonstigen Demonstrationen wegen der ungünstigen Lage immer nur Teile von Umzügen in Erscheinung treten.

Um 2 Uhr nachmittags setzten sich die Züge zum Festplatz in Salthe in Bewegung. Vier Fahnen waren zur Weihe bestimmt, die beiden der Abteilungen Fernerleben und Südost und die Jugendfahnen. Kamerad Brandenburg vom Bundesvorstand des Reichsbanners hielt die Weiherede. Die Frauen und Jungfrauen aus den Stadtteilen überreichten einige Fahnenstücke. Damit wurde das treue Zusammenhalten auch der weiblichen Bevölkerung Südosts zur Sache der Republik sehr schön demonstriert. Nach dem würdigen und feierlich verlaufenen Weiheakt setzte sich der Festzug in Bewegung. Alle Straßen, die durch Schmutz ihre Freundlichkeit zum republikanischen Gedankens gezeit hatten, wurden durchgehogen. Viele Fahnen wehten im Winde und leuchteten im goldenen Sonnenschein des Sonntags.

Zu vier Zeitlokalen fand man sich später noch zu fröhlicher Geselligkeit bis in die späten Abendstunden zusammen. Die Südost-Bevölkerung hat durch dieses Fest einen starken Eindruck von der Größe der republikanischen Bewegung erhalten, sie hat aber auch mit größter Deutlichkeit gezeigt, daß sie fest und treu zur Republik steht.

Stahlhelmflelei.

Von einer Magdeburger Arbeiterfrau wird uns berichtet:

Am Sonntag war ich mit meinem Sohne, der zur Jugendabteilung des Reichsbanners gehört, in Stendal. Bei der Rückfahrt, abends gegen 11 Uhr, flogen in Stendal in unfer Umkreis einige 20 Stahlhelmleute ein, zum Teil Mitglieder des Jungstahlhelms. Sie kamen von einer Stahlhelmfeier und fingen sofort an zu kraxeln, als sie das Reichsbannerabzeichen bei meinem Sohne sahen. Als der Zug in Bewegung war, wurde der Sohn immer schämmer. Sie sangen gemeine Spottlieder auf den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, beschimpften die Republik und ihre Farben. Schließlich versuchten ermine, meinen Sohn zu verprügeln, und als ich mich vor ihm stellte, schrien sie mir zu: „Geh weg, Du alte Krone, sonst kriegt Du 'n Paar in die Presse!“ Sie ließen erst ab, als ich drohte, die Notbremse zu ziehen. Eine Aufforderung an einige ältere Stahlhelmleute, ihre jungen Leute zur Ruhe zu bringen, war vergeblich. Die Jungstahlhelmleute flogen in Damer und Langerhütte aus, offenbar waren sie von dort nach Stendal gekommen.

Kleines Feuilleton.

Neue Beethovenliteratur.

Die Allgemeine Verlagsgesellschaft in München gibt die „Konversationshefte“ von Ludwig van Beethoven heraus und erwirbt sich damit ein Verdienst um die Beethovenforschung nicht allein, sondern um die deutsche Kulturgeschichte des beginnenden 19. Jahrhunderts. Es handelt sich nämlich um 187 Hefte aus den Jahren 1819 bis 1827, also bis in das Todesjahr. In diese Hefte, die zum großen Teil aus zusammengefügten, viden, grauem Papier zusammengedruckt und mit Klebriß beklebt sind, jähren Besäcker Fragen und Antworten, während der laube Meister, der sich nur noch mit diesem Hilfsmittel verständigen konnte, mündlich antwortete. Neben Gesundheitsfragen und Dienstbotennotizen, Wohnungsfragen und Geldangelegenheiten, neben Kleidungsfragen und Nahrungsmitteln kommen Buchertitel, Bemerkungen über Kunst und Poesie, über Religion, Philosophie, Gesellschaftsleben, Politik vor in buntem Wechsel, das Leben in der Kaiserstadt um 1800 illustrierend. Grillparzer schrieb über diese Konversationshefte:

„Alles, was man sonst nicht anzuschreiben pflegt, das Selbstverständliche, das absichtlich Verschwiegene, das, was in einer bestimmten Zeit- und Lebensphase als das Flüchtige, Vergänglichste erscheint, für die Nachwelt daher am schwersten zu erfassen und festzuhalten ist, findet man hier aufbewahrt. Ganz frei und ungezwungen ist hier die Stimmung der Zeit vor uns; ganz ungeschönt spricht man sich aus; man spricht und schreibt ohne Scheu über Hochs und Niedriges, über das was ist und was werden sollte, über die Verhältnisse, die man nicht vor der Öffentlichkeit zeigen will; über die Beziehungen der Kunst, der Wissenschaft, der Politik, der Religion, der Philosophie, der Gesellschaftslehre, der Politik vor in buntem Wechsel, das Leben in der Kaiserstadt um 1800 illustrierend. Grillparzer schrieb über diese Konversationshefte:

„Das „Leben des höchsten Lebens“, unter dem der höchste Kampf um die Freiheit seiner Schwägerin und ihren nichtmündigen Sohn laut, an den Beethoven seine ganze Liebe verpendet hat. Man erkennt in diesen flüchtigen Anzeichnungen, mit weichen Eifer und vielseitigen Interesse der Meister sich wissenschaftlichen Problemen zugewandt hat — bekanntlich ist er, der ausserordentliche Denker in Wien Meistertisch, ein ergrauer Zeugnissgeber gewesen. Beethovens Bekanntheit wird lebendig in diesen Notizen, aber auch seine letzte höchste Krankheit, die ihn ergriff, zeigt sich in ihnen mit unauflöslicher Klarheit an der Beethoven heran.“

Anton Schindler, der Johannes Beethoven, hat dieses höchste Vermächtnis im Jahre 1845 der Königlich Preussischen Staatsbibliothek in Berlin verlehnt, aus deren Schoß es nun endlich durch Walter Rühl aus Licht gezogen wird. Der Verlag hat den Heften die wertvolle Beilage der „Konversationshefte“ von Beethovens Hand geschrieben.

Diese Allgemeine Verlagsgesellschaft veröffentlichen ein Buch von Walter Rühl über Beethovens Soli-

— Eine 50-Millionen-Anleihe für Stadt Berlin. Die Berliner Finanz- und Steuerdeputation hat nach längeren Beratungen der Aufnahme einer 50-Millionen-Mark-Anleihe in Amerika vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung und der Aufsichtsbekörden genehmigt. Der offizielle Zinsfuß dieser Anleihe soll 7 Prozent betragen. Wie hoch die effektive Verzinsung sein wird, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Emission ab. Mit diesen 50 Millionen, die so gut wie sicher gestellt sein sollen, will die Stadt die notwendigsten Arbeiten für den Neubau der Berliner Elektrizitätswerke, wie die endgültige Finanzierung der Nord-Süd-Untergrundbahn vornehmen. Angesichts des ungeheuren Geldbedarfs der Vier-Millionen-Stadt wird es allerdings bei dieser 50-Millionen-Anleihe nicht bleiben. Mein die Elektrizitätswerke erfordern einen Bedarf von über 100 Millionen Mark, von den sehr starken Bedürfnissen des Berliner Verkehrs, des Straßen- und Schulschiffes usw. ganz abgesehen. Die Zustimmung zur Begebung dieser Anleihe erfolgte infolgedessen auch einstimmig.

— Deutschland und der Städtebau. Auf der internationalen Städtebaukonferenz, die jetzt in New York stattfand, wurden zum ersten Male Deutsche in den Vorstand der International Federation gewählt. Diese Deutschen sind Siedlungsdirektor Schmidt (Essen), Cornelius Gurlitt und Oberbaudirektor Heiligenthal (Berlin). Der nächste internationale Städtebaukongress wird in Wien tagen.

— Der deutsche Oberlehrer. Ein Oberlehrer K. an einem städtischen Realgymnasium in der Gegend von Düsseldorf hatte sich geweigert, den Beamtenstand gemäß Art. 176 der Reichsverfassung und der Verordnung vom 14. August 1919 zu leisten, und war vom Disziplinargericht unter Zustimmung der drei Viertel des Gehalts zur Dienstentlassung verurteilt worden. Der Disziplinargeschäft in Berlin berwarf die von K. eingelegte Berufung. K. behauptete, die Norm des Beamtenstandes gebe über Art. 176 der Verfassung hinaus, als von ihm „Treue der Verfassung“ verlangt werde; seine Entlassung sei zu Unrecht erfolgt. Als K. Entschädigungsansprüche geltend machte, wurde er vom Oberlandesgericht und vom Reichsgericht abgewiesen, indem er u. a. ausgeführt wurde, mit Recht hat es das Oberlandesgericht abgelehnt, in die von K. begehrte Prüfung der Rechtmäßigkeit der Dienstentlassung einzutreten. Die Entscheidung des Disziplinargerichts bringt, wenn sie auf Entfernung aus dem Amte lautet, mit dem Eintritt der Rechtskraft die Beamteigenschaft des Verurteilten zum Erlöschen. Waren die Gerichte in der Lage, bei der Beurteilung der Gehaltsansprüche eines mit Entfernung aus dem Amte bestraften Beamten die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme zu bereifen und ihm Gehalt zuzugestehen, so würde sich hieraus ein unerträglicher Widerspruch zwischen ihrer und der in Dienststrafverfahren ergangenen rechtskräftigen Entscheidung in allen Fällen ergeben, in welchen das Disziplinargericht angeordnet hat, daß dem verurteilten Beamten ein Teil des gesetzlichen Ruhegehalts zu lassen sei. Die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. August 1919 ist mit dem Reichsdisziplinargeschäft zu bejahen; die betreffende Verordnung geht nicht über Artikel 176 der Reichsverfassung hinaus.

— Konzert der Wiener Philharmoniker (Orchester der Wiener Staatsoper). Die Verhandlungen über das Stattfinden eines Konzerts des berühmten Orchesters der Wiener Philharmoniker konnten dem Engagementskomitee der österreichischen Gäste zu einem günstigen Ergebnis geführt werden. Das Orchester, das unter Leitung des Generalmusikdirektors Dr. Erich Kleiber von der Staatsoper Berlin am 18. Juni in Breslau eine große deutsche Konzerteigenschaft beginnt, wird am 24. Juni, Mittwoch abend, in den „Nationaltheatern“ hier in Magdeburg musizieren. Neben dem erwähnten Konzert in Breslau finden außerdem in Mittel- und Norddeutschland Konzerte statt in Berlin, Hamburg, Lübeck, Essen und Köln. Der Kartenverkauf zu dem Konzert hat bereits begonnen an der Konzertkasse Heinrichshofen.

— Lebensmüde. Die Witwe Wilhelmine Sch. sprang aus Lebensüberdruß in der Nähe der Salzquelle in die Raube Elbe. Die Lebensmüde wurde von einem Polizeibeamten dem nassen Element wieder entzogen und dem Krankenhaus Althofen zugeführt.

— Vermittelt wird seit 24. v. M. der 14jährige Arbeitssuchende Herbert Kitzner, Johannisbergstraße 6 bei den Eltern wohnhaft. Er ist groß und stark, hellblond, trägt hellgrauen Anzug und schwarze Halbschuhe. Angaben über seinen Verbleib erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion.

„bung“, das einen beachtenswerten Versuch darstellt, kritisch an die Persönlichkeit und das Werk des Meisters heranzutreten und mit manchem gedankenlosen Vorurteil anzuräumen, das sich an den „Klassiker“ wie an etwas Unantastbares angehängt hatte. Um eine kleine Probe dieser Kritik zu geben:



Thomas Mann, der Verfasser der „Buddenbrooks“ und gegenwärtig Deutschlands bedeutendster Epiker, ist am 6. Juni 50 Jahre alt geworden.

Die Maßlosigkeit, die ist das vornehmste Merkmal dieses ungeheuren Geistes, dessen zweites, gemäß dem in ihm wogenden Widerspruch jene seltsame Kraft war, jedem Zweifel im letzten Augenblick immer noch einen Raum zu eröffnen, denn sonst freilich wäre dieses reizende Leben über die Lippe gelaufen. Wie der Maßlosigkeit des täglichen Lebens und Erlebens ihr letzter Halt geboten wurde in dem gerade wegen seiner Schwermüdigkeit — denn Beethovens Schaffen ist in mancher Zeit ein bitteres Jenseits gewesen — um so ungeheureren Liebes des Schaffens, so wieder der Maßlosigkeit des Schaffens in dem Tode des Formens. Es ist so, daß Beethovens Formtrieb genau so heftig war wie sein übriges Streben, und wo es nicht so heftig, in dieser Art eben nur ein Beweis mehr für die Ungeheuerlichkeit der inneren Natur. (Daß er auch die gleiche Kraft und Stärke innehatte, ist damit nicht gesagt.) Das heißt also, daß sein Bemühen nicht minder mächtig sein konnte und ebenso von der

— Tätigkeit der Feuerwehr im Mai. Im Monat Mai wurde die Feuerwehr 30mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen 2 Großfeuer, 5 Mittelfeuer, 13 Kleinfeuer, 6 blinde Alarme und 18 Hilfeleistungen in besonderen Notlagen. — Die Sanitätsabteilung der Feuerwehr trat 47mal in Tätigkeit. Auszuföhren waren 473 Transporte mit Krankenwagen. Von den Transportierten waren 70 verunglückt, 403 erkrankt. 388 wurden in Kranken- und Pflegeanstalten verbracht, 85 in ihre Wohnungen. 16 Personen mußten, da anständig erkrankt, mit besonderem Wagen transportiert werden. — Die Unfallhilfsstellen der Feuerwehr wurden 14mal in Anspruch genommen.

— Schadenfeuer. Im Lager- und Arbeitsraum eines Mühlengeschäfts in der Berliner Straße war am Montag nachmittag ein Brand entzündet, der seinen Ausgang wahrscheinlich von einer brennenden Gasplatte genommen hatte. Als der kurz nach 3 Uhr alarmierte Löschzug der Hauptfeuerwache in die Brandstelle einbrang, war bereits der Inhalt der fraglichen, im ersten Obergeschoß gelegenen Räume völlig von den Flammen ergriffen. Stoffe, Zubehörsachen und fertige Mühen sowie die Lager- und Arbeitseinrichtungen wurden nahezu restlos unbrauchbar. Mit zwei Schlauchleitungen löschte die Feuerwehr das nicht unerhebliche Feuer in einstündiger Tätigkeit. Der Geschäftsinhaber erleidet einen bedeutenden Schaden, da er nicht versichert war.

— Gelddiebstahl. Etwa 300 prima mit Naphthalin befeuchtete Zigaretten sind in den letzten Tagen nach und nach aus einer hiesigen Zigarettenhandlung gestohlen worden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Die Radfahrer aller Abteilungen trafen sich Mittwoch 7.45 Uhr mit radfahrtechnischen Angehörigen Endstation Neustadt. Achtung, Spitzenteil! Mittwoch 7.45 Uhr Endstation Neustadt. Abstellung Mitteln. Mittwoch 7.20 Uhr Abfahrt vom Fleischmarkt zum Kario. Abteilung Friedrichstadt-Berber. Achtung, Gruppenführer! Neigung über Fahrt nach Salthe bis 13. v. M. beim Zugführer abgeben. Fahrpreis 2.80 Mk.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Gamburg: Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen. Der Lichtbildvortrag über Gamburg findet am Sonntag den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim statt. Eltern und Freunde der Jugend herzlich willkommen.

Funktionärkursus am Mittwoch 8 Uhr im Franke-Jugendheim.

Referentenaussprache: Am Mittwoch den 29. Juni findet im Franke-Jugendheim eine Referentenaussprache statt. Alle Genossen, die bei der Jugend gesprochen haben oder sprechen wollen, sind eingeladen.

Kassierer: Für jedes Mitglied sind 13 Pf. für die Versicherung an die Hauptkasse abzuführen. Die Marken sind im Jugendbureau abzuholen. Der Hauptkassierer ist jetzt Montags, Mittwochs und Freitags von 5 1/2 bis 7 Uhr im Jugendsekretariat zu sprechen.

Baden am Sonnabend von 6 bis 1 1/2 Uhr. Leitung: Heberlein und Wohlfahrt.

Mittwoch: Donnerstag Treffen vor dem Jugendheim Grüne-Armstraße.

Heute Dienstag Arbeitsgemeinschaft in der Edithschule. Jungsozialisten! Während des Sommerhalbjahrs finden unsere Veranstaltungen in Zukunft 14täglich statt. An diesen

Wachtung, Reichsbanner-Radfahrer!

Am Mittwoch den 10. Juni

Großer Champion-Umzug.

Radfahrer aller Abteilungen beteiligen sich mit ihren radfahrenden Angehörigen an dem Umzug. Treffpunkt 7.45 Uhr Endstation Neustadt.

Natur des Widerpruchs besteht, die ja Beethovens eigentliche Natur gewesen sein muß. Nicht wie andre formt Beethoven um des Glüdes des Formens willen, jenes Glüdes, das Getriebene, Gefühlte, Gedachte in Form zu setzen, sondern im Kampf und Widerstreit dagegen. Mit der Form kämpft er sich. Wenn Idee Form ist, so ist Idee ihm ein Mittel gegen sich. „Ich“ steht gegen „Du“. Außen gegen Innen. Er haßt sich, indem er formt. Er müdet und tobt gegen sich. Zum geringsten sucht er sich Zügel, Fesseln anzulegen, zwingt, so zwingt, bündigt sich. Und dieses, dieser Widerpruch, ist ihm so ureigentümlich, daß schon in frühen Jahren, wo er noch so mangelhaft fremde Sprache redet, diese Zucht des Zuchtlojen entscheidet. Es ist das einzige Mittel dieses Geistes, sich vor dem Verbluten zu bewahren.

Von dieser Seite hat man ihn, den Titanen, den anscheinend schiedlich Vollendeten, noch nicht betrachtet. Man hat ihn nie aus seiner Zeit heraus zu erklären versucht. „Beethoven kennt — oder spürt er ihn nur? — den Kluch des modernen Menschen: die Angst, das Ziel zu verfehlen, in der Einseitigkeit sich zu verirren, in ihrer Eifersucht zu erfrühen, von einem Chaos in das andre zu stürzen.“ Dieser „Kluch des modernen Menschen“ ist nichts anderes als der Kluch des Individualismus, der dem Jahrhundert der Großindustrie seinen Stempel aufdrückt im Gegensatz zu dem Mittelalterlichen 18. Jahrhundert, das noch die heitere Selbstverständlichkeit eines Gahns, die nachtwandlerische Sicherheit eines Mozart gekannt hatte. S.

Thomas Manns 50. Geburtstag. Im Münchner Rathausaal fand zu Ehren von Thomas Manns 50. Geburtstag eine Feier statt. Bei der Geheimrat Munder von der Münchner Universität hat den Dichter als Fortsetzer der bürgerlichen Erzählungskunst eines Stifter und Fontane, Geheimrat Ouden ihn als Senator der Deutschen Akademie, Geheimrat Bismann als Ehren doktor der Universität Bonn und der Erste Bürgermeister Schönmagel ihn als Bürger der Stadt München feierte. Thomas Mann hob in seinem Dank für die Ehrungen hervor: sein Werk sei fragmentarisch, schadenvoll. Es sei eine herrliche Sache, einer großen Kulturformation wie der deutschen anzugehören, von ihrer Sprache getragen zu werden, ihr höchstes Erbgut zu wahren und fortzuentwickeln. Im reifen Alter werde man sich bewußt, daß jedes Werk irgendwie sozial empfunden sei. Was er wünsche, daß man von ihm sage, sei: Er sei Lebensfreude und lieb, obwohl er vom Tode wisse. Für ihn handle es sich darum, ein Moraliist zu bleiben, das heiße, ein Mann der Abenteuer des Geistes, und kein Philister zu werden, sondern ein Künstler zu bleiben. Dies Versprechen sei das beste, mit dem er seinen Freunden für ihre Güte danken könne.

Todesfall. In Florenz ist der bekannte Musikschristeller Paul Marjop, fast 70 Jahre alt, nach kurzer Krankheit gestorben. Wir danken dem fast 80jährigen mehrerer Christen zur Wagnerliteratur. Er war aber in seinen Gedanken durch aus nicht einseitig, sondern äußerte sich zu allen musikalischen Fragen, vor allem auch zur sozialen Lage der Musiker. Er setzte sich jederzeit sehr für Fiskler ein, als dieser noch wenig bekannt war. Die vor kurzem erschienene Sammlung „Musikalische Schriften und Größtes“ ist eine von ironischen, fast bitterem Geist durchsetzte Auseinandersetzung mit der modernen Musikpädagogik.

